

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

**Wortprotokoll
59. Sitzung**

**Öffentliches Fachgespräch
zum Thema
„Sachstand zur Einführung des Dialogorientierten
Zulassungsverfahrens“**

(nicht korrigiert durch die Sachverständigen und Abgeordneten)

**Berlin, 18. Januar 2012, 9.30 Uhr
(Sitzungssaal E 300, Paul-Löbe-Haus)**

Vorsitz: Ulla Burchardt, MdB

Vorlage:

Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Dr. Petra Sitte, Agnes Alpers,
Dr. Rosemarie Hein und der Fraktion DIE LINKE.

Keine Teilprivatisierung bei der Hochschulzulassung

BT-Drucksache 17/7642

Weitere beratungsrelevante Unterlagen:

ADrs. 17(18)214 – Bericht des BMBF zum aktuellen Sachstand im
Dialogorientierten Serviceverfahren

ADrs. 17(18)241 – Stellungnahme der Stiftung für Hochschulzulassung zum
Dialogorientierten Serviceverfahren

ADrs. 17(18)245 - Stellungnahme der Datenlotsen Informationssysteme GmbH,
Hamburg

Sachverständige

	Seite
Dr. Sven Gutow Hochschul-Informationssystem GmbH	7, 49, 52
Prof. Dr. Stefan Jähnichen Fraunhofer-Institut für Rechner- architektur und Softwaretechnik	10, 28, 53
Dr.-Ing. Thomas Kathöfer Hochschulrektorenkonferenz	16, 55
Sts. Dr. Josef Lange Kultusministerkonferenz, Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Niedersachsen	18, 30, 57
Stephan Sachse Datenlotsen Informationssysteme GmbH	13, 32, 62
Prof. Michael Teuscher Stiftung für Hochschulzulassung	20, 34, 61

Ausschussmitglieder

	Seite
<u>CDU/CSU</u>	
Abg. Prof. Monika Grütters	22
Abg. Dr. Philipp Murmann	46
Abg. Albert Rupprecht	38, 52
Abg. Tankred Schipanski	46
 <u>SPD</u>	
Abg. Ulla Burchardt	40
Abg. Swen Schulz	23
Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann	47
 <u>FDP</u>	
Abg. Prof. Martin Neumann	24, 42
Abg. Patrick Meinhardt	48
 <u>DIE LINKE.</u>	
Abg. Nicole Gohlke	25, 43
 <u>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</u>	
Abg. Kai Gehring	27, 44
 <u>BMBF</u>	
PSts Thomas Rachel	63

Beginn der Sitzung: 9:37 Uhr

Vorsitzende:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserem heutigen Fachgespräch, insbesondere die Gäste und ganz besonders die Journalisten, die heute für dieses Thema zu uns gefunden haben. Des weiteren begrüße ich natürlich die Sachverständigen, die unserer Einladung gefolgt sind und sich bereit erklärt haben, uns für die nächsten zwei Stunden für Auskünfte zur Verfügung zu stehen. Ich begrüße ganz herzlich Prof. Jähnichen, den wir schon lange kennen, Dr. Kathöfer für die HRK und Staatssekretär Lange für die KMK. Wir haben uns eben darüber verständigt, nicht weiter der Frage nachzugehen, warum die zuständigen Fachminister nicht präsent sind. Als gerngesehener Gast ist erneut Prof. Teuscher, Rat der Stiftung für Hochschulzulassung, anwesend. Diejenigen, die das erste Mal Gast bei uns sind, begrüße ich ganz herzlich: Dr. Sven Gutow von HIS, dem Hochschul-Informationssystem und Herrn Stephan Sachse von Datenlotsen. Wir haben kurz in die Annalen geguckt. Es ist mittlerweile das siebte Mal, dass sich dieser Ausschuss mit dem Thema zentrales Zulassungsverfahren befasst und insgesamt das vierte Fachgespräch dazu. Bereits dreimal haben wir uns hierüber auch in internen Sitzungen mit der Bundesregierung beraten, wobei wir jedes Mal dachten, diese unendliche Geschichte würde beim nächsten Mal ein Ende finden. Es stellt sich für uns die Frage, welche Ursachen das Misslingen eines solchen Verfahrens hat, vor allen Dingen, wie es eigentlich weiter gehen soll bzw., was man tun kann, um endlich Fortschritte zu erzielen.

Die Geschichte begann, ich will das für die neu Dazugekommen noch einmal kurz sagen, im Jahr 2002, als die KMK feststellte, dass ein nichtkoordiniertes Auswahlrecht der Hochschulen zu Problemen führen könne. Es hat dann 2007 den Beschluss gegeben, ein zentrales technisches Zulassungsverfahren einzuführen.

Dieses sogenannte Dialogorientierte Serviceverfahren sollte ursprünglich zum Wintersemester 2009/2010 eingeführt werden. Dies verzögerte sich aber, weil sich HRK und Stiftung nicht auf ein Anforderungsprofil für das Bewerbungsverfahren einigen konnten. Daraufhin haben sich das BMBF und unser Ausschuss eingeschaltet. Unsere Haushälter, ich begrüße Klaus Hagemann, der alle Haushälter hier vertritt, haben sich bereit erklärt, 15 Mio. EUR zur Anschubfinanzierung für die Entwicklung des Systems zur Verfügung zu stellen. Man ist davon ausgegangen, dass es nun jedenfalls zum Wintersemester 2012/2013 klappen würde. Der Stiftungsrat musste jedoch feststellen, dass sich nach den Testläufen die wesentlichen Effekte des Dialogorientierten Serviceverfahrens zum nächsten Wintersemester nicht realisieren lassen werden. Ich glaube, dass ist auch fast wörtlich das Zitat aus dem Protokoll des Stiftungsrates. Insofern interessiert uns natürlich heute, wie es weitergehen soll. Wir teilen alle das Anliegen, um das es bei dem Dialogorientierten Serviceverfahren im Kern geht: Es ist dafür zu sorgen, dass es zu einem Abgleich von Bewerbungen an unterschiedlichen Hochschulen kommt, um das Brachliegen von Studienplätzen zu vermeiden und somit auch das Verschwenden von Steuergeldern und der Lebenszeit junger Menschen. Diesbezüglich haben wir alle das gleiche Ziel, so dass uns heute interessiert, wann das System funktionieren wird und was genau bis dahin passieren wird. Wir hoffen noch immer auf einen Übergang in das Dialogorientierte Serviceverfahren, bis jetzt hat uns jedoch nicht die Nachricht erreicht, dass dieses gar nicht funktionieren werde.

Auch im Hinblick auf einen Brief, den die beamtete Staatssekretärin an den Ausschuss gesandt hat, wird es höchste Zeit, dass man sich mit den strukturellen Problemen befasst, die dafür verantwortlich sind, dass das Projekt wieder gestoppt wurde. Lange Zeit haben wir immer gern bereitwillig nach Vorne geschaut, es ist für den Ausschuss jedoch wichtig, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und nun mit den entsprechenden Beteiligten die gesamte Prozesskette zu betrachten. Uns allen geht es nicht um persönliche Schuldzuweisung, sondern es ist vorrangig

über die Konstruktions- und Systemfehler von den ersten Planungen über die Einführung eines hochkomplexen Systems bis zum heutigen Tag zu sprechen. Es steht auch die zentrale Frage an, wie sich die Verantwortlichen in Bund und Länder hierzu weiter verhalten werden.

Ich glaube, es ist vieles kritisch zu bewerten. Ich lade Sie nun herzlich ein, sich zu den angesprochenen Problemstellungen zu äußern. Die Ausschussmitglieder werden dann reichlich Gelegenheit haben, Fragen an Sie zu richten.

Damit komme ich kurz zum Ablauf des heutigen Fachgesprächs. Wir beginnen verabredungsgemäß mit jeweils fünfminütigen Statements der Experten in alphabetischer Reihenfolge. Im Anschluss daran werden Sie aufgrund von Fragen der Ausschussmitglieder ausreichend Gelegenheit haben, Ihre Stellungnahme zu vertiefen. Die erste Fragerunde wird von den Berichterstattern der jeweiligen Fraktion eröffnet. Die Antworten bitte ich Sie möglichst kurz und präzise zu halten, so dass wir diese Frage- und Antwortrunden häufiger durchführen können. Alle Anwesenden sollten wissen, dass unsere Sitzung akustisch und visuell aufgezeichnet wird, zum einen für das Sitzungsprotokoll, zum anderen gibt es Medienvertreter, die Tonmitschnitte machen, so dass in unterschiedlichster Weise all das, was heute hier verhandelt wird, öffentlich gemacht und auch im Nachgang noch einmal angesehen, angehört und ausgewertet werden kann. Und dass es hier so dunkel ist, liegt weder am Wetter noch an dem Thema, das Parlamentsfernsehen nimmt diese Veranstaltung auf. Diese Aufzeichnung können Sie sich dann später als Video auf der Homepage des Bundestages ansehen, und für diese Homepage möchte ich schließlich an dieser Stelle noch werben. Damit genug der Vorrede. Wir beginnen mit Dr. Sven Gutow von der HIS.

Dr. Sven **Gutow** (Hochschul-Informationssystem GmbH):

Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren.

Gestatten Sie mir einige einleitende Worte, ich muss dabei allerdings auch ein wenig Retrospektive betreiben. Ich möchte im Vorfeld kurz auf die von mir vertretene Einrichtung eingehen, weil ich nicht weiß, ob allen Anwesenden die HIS als Institution in dem Umfang, wie sie sich heute aufstellt, gegenwärtig ist. Die HIS existiert seit 1969 und hat jährlich mehrere hundert Projekte in der Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem tertiären Bildungssektor. Im Jahr 2011 waren das allein für die Hochschul-IT, dem größten Unternehmensbereich von HIS, etwa 900 Projekte. Es sind insgesamt 430 Personen bei der HIS beschäftigt, darunter etwa 330 ständige Mitarbeiter, davon sind 170 im Bereich der Hochschul-IT tätig, die heute hier wohl in erster Linie im Fokus stehen wird. Der Umsatz der HIS betrug im vergangenen Jahr rund 24 Mio. Euro, davon 9 Mio. Euro institutionelle Förderung, an der Bund und Länder in einem Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln beteiligt waren. Nach Aufteilung dieser institutionellen Mittel auf die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der HIS entfallen auf die Hochschul-IT etwa 3,2 Mio. Euro. Die Drittmittelquote, die HIS mittlerweile über Direktbeauftragung von Hochschulen und Zusatzprojekten von den Ministerien erreicht hat, beträgt derzeit rund 66 Prozent.

Ich möchte kurz aus Sicht der HIS die Ausgangslage vor Beginn der Entwicklung eines Dialogorientierten Serviceverfahrens schildern: Wir haben im Jahr 2009 eine funktionierende IT-Landschaft in den deutschen Hochschulen vorgefunden. Das Campusmanagement an den deutschen Hochschulen wurde zu diesem Zeitpunkt zu rund 80 Prozent mit HIS-Software der Generation GX-Quiz durchgeführt. Die HIS-Systeme liefen an den Hochschulen gut und managten nach unseren Schätzungen etwa 1,5 Mio. Studierende. HIS hat ihren Auftrag zu diesem Zeitpunkt in erster Linie dahin verstanden, die Hochschulen beim Ausbau ihrer Autonomie und ihrer wettbewerblichen Ausrichtung zu unterstützen. Wir können feststellen, dass diese funktionierende IT-Landschaft auch auf Basis dieser GX-Quiz-Generation noch heute existiert. Parallel dazu sind die Hochschulen aktuell dabei, ihre bestehenden Softwarelandschaften durch neue

Campusmanagementsysteme zu ersetzen. Auch die HIS bietet eine neue Campusmanagementgeneration an. Diese Software-Generation namens HISinOne wird derzeit bereits an etwa 20 Hochschulen in Deutschland eingeführt. Weitere 30 haben bereits Verträge mit der HIS über deren Einführung abgeschlossen. Dieser Generationswechsel ist auch für das heute diskutierte Verfahren sicherlich von Bedeutung.

Was ist nun durch das Dialogorientierte Serviceverfahren passiert? Im Jahr 2009, Sie haben es eben auch gesagt, Frau Vorsitzende, schreibt die damalige ZVS, heute Stiftung für Hochschulzulassung, die Erstellung einer Software-Unterstützung für das Dialogorientierte Serviceverfahren für die Hochschulzulassung aus. Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen, dass bei der Erstellung des Lastenheftes für das Dialogorientierte Serviceverfahren die HIS in die Planung nicht mit einbezogen war. Spätestens Ende 2011 mussten wir feststellen, dass das von T-Systems seinerzeit entwickelte Verfahren nicht mit den an den Hochschulen im Einsatz befindlichen Bewerbungs- und Zulassungsverfahren von HIS in der Generation GX zu koppeln ist. Lediglich individuelle Lösungen einzelner Hochschulen, wie die der Universität Mannheim und der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, konnten positive Ergebnisse bei der Kopplung ihrer GX-Bewerbungs- und Zulassungskomponenten mit dem Dialogorientierten Serviceverfahren erzielen. Diese erfolgten mit der Software „Hochschulstart.de“ der Stiftung für Hochschulzulassung. Wir müssen auch konstatieren, dass kein Anbieter von Standardsoftwarelösungen einen Konnektor zum Dialogorientierten Serviceverfahren realisieren konnte. Das heißt, dass für die Teilnahme am Dialogorientierten Serviceverfahren aus unserer Sicht ein Wechsel auf ein neues Campusmanagementsystem notwendig ist, wie es mit dem vorerwähnten HISinOne bereits entwickelt ist.

Zuletzt zum Thema der Finanzierung: Die HIS hat für die Entwicklungsarbeiten an einem Konnektor zur Kopplung des Dialogorientierten Serviceverfahrens mit den

GX-Komponenten von seinen Gesellschaftern keine institutionellen Mittel erhalten. Die HIS hat vielmehr bei der Umsetzung des Lastenheftes Geld von T-Systems erhalten. Es gab insoweit eine Direktbeauftragung von T-Systems im Umfang von rund 100 Personentagen, es waren tatsächlich ein wenig mehr, und die HIS hat hierfür eine Vergütung auf Tagessatzbasis von T-Systems erhalten. Dieser Auftrag beinhaltete jedoch ausschließlich Beratungs- und keine Entwicklungsleistungen. Im Übrigen hat die HIS für die 20. Bewerbungskampagne im Wintersemester 11/12 wegen des Supports und für Schulungen der Hochschulen für die vorbereitenden Maßnahmen bezüglich des Dialogorientierten Serviceverfahrens zusätzliche institutionelle Mittel vom BMBF in Höhe von rund 140 000 Euro erhalten. Ich möchte aber unterstreichen, dass es sich hierbei auch nicht um Entwicklungsarbeiten handelte. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Herr Prof. Jähnichen bitte.

Prof. Dr. Stefan **Jähnichen** (Fraunhofer-Institut für Rechnerarchitektur und Softwaretechnik):

Vielen Dank, dass ich mich hier zum vierten Mal äußern darf. Ich würde Ihnen natürlich lieber positivere Nachrichten überbringen, aber ich bin gefragt, kurz den aktuellen technischen Stand aus meiner Sicht zu erläutern.

Gemäß dem vom Stiftungsrat im April letzten Jahres beschlossenen Aktionsplan wurden neben anderen Maßnahmen im Herbst letzten Jahres eine Reihe von intensiven Prozesskettentests an Pilothochschulen durchgeführt, um die Schnittstelle des Dialogorientierten Serviceverfahrens mit den Systemen der Hochschulen testen zu können. Zum einen sind Campusmanagementsysteme von den Datenlotsen – CampusNet - und auch von der HIS – HISinOne - entwickelt

worden, zum anderen wurden von den Datenlotsen mit „CampusNet Apply“ und von der HIS mit „HIS-Hochschulstartkonnektor“ eine Konnektorlösung für die GX-Hochschulen zur Verfügung gestellt, sogenannte HIS-ZUL-Systeme. Durch eine Eigenentwicklung gelang dies auch der Universität Mannheim, basierend auf einem eigenen Bewerberportal. Zusätzlich haben wir den im Dialogorientierten Serviceverfahren vorgesehenen manuellen Datenaustausch getestet.

Es ist festzustellen, dass weder die Campusmanagementsysteme noch die Konnektorlösungen Mehrfachstudiengänge unterstützten, weil sie von den Datenlotsen und Mannheim nicht implementiert wurden oder wie von HIS noch nicht vollständig umgesetzt wurden. Hinsichtlich der Einfachstudiengänge können die Hochschulen, die die oben genannten Systeme oder Lösungen bereits nutzen, diese für das Zulassungsverfahren weiter einsetzen.

Die Weiterentwicklung des HIS-Hochschulstartkonnektors für die GX-ZUL-Hochschulen wurde, inzwischen von Herrn Gutow bestätigt, eingestellt. Das manuelle Verfahren des Dialogorientierten Serviceverfahrens kann sowohl Einfach- als auch Mehrfachstudiengänge verarbeiten. Dies ist jedoch aufgrund des hohen manuellen Aufwandes nur für kleine Hochschulen mit wenigen Studiengängen und somit auch geringeren Bewerberzahlen geeignet.

Generell möchte ich darauf hinweisen, dass an vielen unserer Hochschulen nicht mit Systemen gearbeitet wird, die dem heutigen Stand der Technik entsprechen und insoweit ein erheblicher Erneuerungsbedarf besteht. Die derzeit genutzte HIS-Software ist immerhin 30 Jahre jung und wurde von fast allen Hochschulen individuell angepasst. Ein an allen Hochschulen funktionierendes System zu entwickeln, wird ohne eine Umstellung der Datenstrukturen und -prozesse sehr schwer. Dies lässt sich auch anhand des Beispiels der Universität Mannheim zeigen, die sich aufgrund ihrer individuellen Lösung leichter an das Dialogorientierten Serviceverfahren anschließen konnte.

Aufgrund der Bemühungen zur Einführung des „Dialogorientierten Serviceverfahren“ konnte immerhin der problematische Stand der Informationstechnik an der Mehrzahl unserer Hochschulen offenkundig gemacht werden. Notwendig erscheint mir trotz der funktionierenden individuellen Lösung der Universität Mannheim ein Masterplan zur Erneuerung der gesamten Hochschul-IT, also eine globale Lösung.

Es ist somit festzustellen, dass die bereits zu den neuen Campusmanagementsystemen migrierten Hochschulen nach derzeitigem Kenntnisstand am Dialogorientierten Serviceverfahren mit Einfachstudiengängen teilnehmen können. Ob die individuelle Lösung à la Mannheim für andere Hochschulen nutzbar ist, sollte geprüft werden, erfordert aber auf jeden Fall eine Umstellung der Hochschul-IT. An dieser Stelle möchte ich positiv hervorheben, dass die Universität Mannheim ihr System kostenfrei für andere Hochschulen zur Verfügung stellt. Die manuellen Verfahren stellen- wie bereits angesprochen - nur für kleinere Hochschulen eine Lösung dar. Von den ca. 180 Hochschulen mit lokalem Numerus Clausus, die für einen effektiven Mehrfachzulassungsabgleich benötigt werden, sind daher nach meinem Kenntnisstand nur ca. 40 technisch in der Lage, sich anzubinden.

Ich appelliere an die Hochschulen, an dem Pilotbetrieb teilzunehmen. Die Hochschulen haben das Verfahren erarbeitet, und ich denke, sie müssen sich jetzt auch ihrer Verantwortung gegenüber Bewerberinnen und Bewerbern bewusst werden. Mit einer solchen Teilnahme würden die Hochschulen frühzeitig den Umgang mit den Systemen erlernen und somit ein Know How aufbauen können. Die letzte Phase im Dialogorientierten Serviceverfahren, das sogenannte Clearingverfahren, ist ein bundesweites einheitliches Losverfahren, bei dem sich die Bewerber im Gegensatz zur Studienplatzbörse auch direkt bewerben können. Dies könnte eine Chance sein, um im kommenden Wintersemester die verfügbaren Studienplätze rechtzeitig zu vergeben, so dass den Studierenden keine Semester

verloren gehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Herr Sachse bitte.

Stephan **Sachse** (Datenlotsen Informationssysteme GmbH):

Sehr verehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren. Haben Sie zunächst vielen Dank für die Einladung. Am 15.12.2011 hat der Rat der Stiftung für Hochschulzulassung den Start des Dialogorientierten Serviceverfahrens zum zweiten Mal verschoben, da aktuell nur ca. zehn Prozent der Hochschulen in der Lage sind, am Dialogorientierten Serviceverfahren teilzunehmen. Dabei ist das Verfahren sowohl für die Bewerberinnen und Bewerber als auch für die Hochschulen per se sinnvoll, da es Studienplätze rechtzeitig vergibt und Hochschulen eine effiziente Nutzung der knappen personellen Ressourcen ermöglicht.

Die Stiftung für Hochschulzulassung, die zuständigen Ministerien und insbesondere die Hochschulen haben auf Basis des im April 2011 verabschiedeten Aktionsplans ganz erhebliche zeitliche, personelle und auch finanzielle Aufwendungen gemacht, um das Dialogorientierte Serviceverfahren erfolgreich starten zu können. In den letzten Wochen und Monaten haben wir mit mehr als 150 Hochschulen gesprochen. Von fast allen hörten wir, dass es kein Vertrauen mehr in die Leistungsfähigkeit des Verfahrens und die Stiftung für Hochschulzulassung gibt. Stattdessen möchte man sich lieber weiterhin auf Basis der existierenden Systeme um die Bewerberinnen und Bewerber kümmern. Zudem fürchten viele Hochschulen, dass die Bewerberinnen und Bewerber die Situation nutzen werden, um vermehrt Studienplätze einzuklagen. Die Folgen, welche die erneute Verschiebung abseits der technischen Dimensionen hat, sind also noch gar

nicht vollumfänglich absehbar.

Die Datenlotsen haben auf Basis der im November 2010 zur Verfügung gestellten Schnittstellenspezifikation ihre dafür in Frage kommenden Kunden an das Dialogorientierte Serviceverfahren angebunden. Die dafür relevanten Tests wurden im Februar 2011 an der Universität Hamburg erfolgreich durchgeführt. Unsere Kunden waren damit zum geplanten ersten Start im Wintersemester 2011/2012 gerüstet. Nach der ersten Verschiebung hatte der Rat der SfH im April letzten Jahres einen Aktionsplan verabschiedet. Die in Frage kommenden Hersteller von Softwaresystemen für Hochschulen wurden gebeten, eine sogenannte Konnektorenlösung anzubieten, mit der alle Hochschulen angebunden werden können. Den Datenlotsen wurde im Zuge der Beschäftigung mit der Frage, wie die Architektur des Konnektors sein muss, sehr schnell augenscheinlich, dass eine direkte Anbindung der HIS-GX-Systeme an das Dialogorientierte Serviceverfahren aufgrund der HIS-GX-Datenbankstruktur nicht gelingen kann. Die Datenlotsen haben daraufhin auf Basis ihres seit zehn Jahren entwickelten und erprobten Campus-Management-Systems „CampusNet“ ein Lösungsszenario entwickelt, das auch die HIS-GX-Software an das zentrale Verfahren anbindet, und zwar sowohl für die Einfach- als auch für die Mehrfachstudiengänge, wobei die Mehrfachstudiengänge ab Februar diesen Jahres entlang des ursprünglichen Zeitplans angebunden sein werden. Bis Mitte Dezember 2011 hatten elf HIS-Hochschulen von unserem Lösungsangebot Gebrauch gemacht. Somit sind es jetzt etwas mehr als 20 Hochschulen, die mit unserer Software am nun beschlossenen Pilotbetrieb teilnehmen können.

Zur Einschätzung der aktuellen Lage möchte ich den Fokus auf drei Aspekte lenken, zunächst auf die Frage, ob der nun beabsichtigte Pilotbetrieb wirklich geeignet ist, das Dialogorientierte Serviceverfahren an den Start zu bringen. Es gibt dem Vernehmen nach ca. 20 bis 30 Hochschulen, die momentan technisch in der Lage sind, an diesem Pilotverfahren teilzunehmen. Diese Hochschulen sind

Fachhochschulen und Universitäten mit einem heterogenen Studienangebot. Dies führt dazu, dass ein effizienter Mehrfachabgleich als der eigentliche Mehrwert des Verfahrens nicht getestet werden kann, weil schlicht die Fallzahl zu gering ist. Vor diesem Hintergrund kann ich verstehen, dass einige Hochschulen, die technisch am Pilotprojekt teilnehmen könnten, sich nun zu Wort melden, weil sie durch eine solche Teilnahme Nachteile befürchten und sich dieser konsequent entziehen. Daher ist meine Befürchtung, dass das gesamte Dialogorientierte Serviceverfahren endgültig zum Scheitern verurteilt ist, wenn nun in diesem Herbst ein Pilotverfahren gestartet wird, das für die teilnehmenden Hochschulen und die Bewerberinnen und Bewerber, um die geht es nämlich am Ende des Tages, keinen Mehrwert bietet. Sollte man das Pilotverfahren nicht so konzipieren, dass der Mehrwert des Dialogorientierten Serviceverfahrens auf Basis einer wirklich repräsentativen Auswahl von Hochschulen mit Einfach- und Mehrfachstudiengängen dargestellt wird? Oder aber man entscheidet bewusst, sich auf die Überprüfung der Funktionalität der Software-Systeme zu beschränken. Dann könnte dies außerhalb der vorgesehenen Verfahrensfristen stattfinden und keine Nachteile für die 40 beteiligten Hochschulen verursachen.

Das bringt mich zu meinem zweiten Aspekt, nämlich der Frage, wie möglichst schnell dafür gesorgt werden kann, dass die Hochschulen flächendeckend in die Lage versetzt werden, am Dialogorientierten Serviceverfahren teilzunehmen. Aus meiner Sicht sind alle Voraussetzungen hierfür gegeben. Die zentrale Software von T-Systems ist verfügbar, die Spezifikationen der Hochschulstart.de-Schnittstelle liegen seit geraumer Zeit vor, und es gibt ein HIS-Standardwerkzeug, über das Daten aus Drittsystemen in die HIS-GX-Systeme importiert werden können. Auf genau dieser Basis haben wir unsere Konnektorenlösung entwickelt und diese an elf HIS- Hochschulen eingesetzt. Für Software-Anbieter, die über ein System für Bewerbungs- und Zulassungsmanagement verfügen, sind somit alle notwendigen Voraussetzungen für die dezentrale Anbindung der Hochschulen gegeben. Es fehlt also nicht an der Software, sondern an der offiziellen Beauftragung eines

leistungsfähigen Dienstleisters mit Software und Roll-Out-Expertise, z. B. im Wege einer öffentlichen Ausschreibung. So ein Auftrag würde durch ein verbindliches, nachprüfbares Leistungsversprechen die notwendige Erfolgssicherheit herstellen. Drittens möchte ich zu bedenken geben, dass die Klärung der langfristigen Finanzierung des Dialogorientierten Serviceverfahrens nach der Pilot- und Projektphase bei einer möglichst geringen Belastung der Hochschuletats ein ausschlaggebender Faktor für die Motivation der Hochschulen zur Teilnahme am Dialogorientierten Serviceverfahren ist. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Für die HRK Herr Dr. Kathöfer bitte.

Dr. Thomas **Kathöfer** (Hochschulrektorenkonferenz):

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, die Hochschulen brauchen das Dialogorientierte Serviceverfahren. Die Mitgliedshochschulen der HRK stehen zu ihrer Teilnahmeerklärung, die sie im April 2009 abgegeben haben und halten das Dialogorientierte Serviceverfahren nahezu für alternativlos. Es ist das Verfahren, welches die Wünsche von Studierenden und die Interessen der Hochschulen bestmöglich in Einklang bringt. Insofern waren wir von Hochschuleseite natürlich enttäuscht, dass der Stiftungsrat Mitte Dezember beschlossen hat, den Start des Dialogorientierten Serviceverfahrens erneut zu verschieben. Klarstellen möchte ich aber, dass der Stiftungsrat diesbezüglich außerordentlich verantwortungsvoll gehandelt hat, sodass einem möglichen Verlust vieler Bewerbungen aufgrund fehlender Kommunikation der Server vorgebeugt werden konnte.

Die Hochschulen erklärten sich aber bereit, einen Pilotbetrieb in Gang zu setzen, damit Erfahrungen gesammelt werden und mögliche informationstechnische

Probleme ausgeräumt werden können. Die Kritik in der öffentlichen Berichterstattung aufgrund des Stiftungsratsbeschlusses, dass möglicherweise einige Tausend Studienplätze nicht besetzt werden können, überzeugt nicht. Nicht jedes Angebot schafft sich seine eigene Nachfrage - das Saysches Gesetz wurde bereits vor 200 Jahren widerlegt. Wann immer es in Deutschland Studienangebote mit Zulassungsbeschränkungen gibt, wird es auch Studienangebote geben, die nicht vollständig ausgeschöpft werden können. Das hat sowohl strukturelle und konjunkturelle als auch andere Gründe. Ein nennenswertes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der krisenanfällige Studiengang Bauingenieurwesen, dessen Nachfrage von der öffentlichen Berichterstattung abhängt. Wann immer negativ über die Bauindustrie berichtet wird, entsteht sofort eine Reduzierung der Bewerberzahlen, die nach Beendigung einer solchen Berichterstattung wieder ansteigt.

Im laufenden Wintersemester hatten einige Hochschulen das Studienangebot Bauingenieurwesen zulassungsfrei angeboten und es gab unglaublich viele Bewerber. Das bedeutet aber automatisch, dass die Nachfrage nach anderen Studienangeboten wie zum Beispiel dem Chemieingenieurwesen rückläufig war. Die durch die öffentliche Berichterstattung suggerierte Ansicht, dass in entsprechender Höhe der offen gebliebenen Studienplätze eine Nachfrage bestünde, trifft schlicht nicht zu.

Des Weiteren wurde nicht ausreichend wertgeschätzt, dass im laufenden Wintersemester erstmalig ein Allzeithoch von 500 000 Studienanfängerinnen und -anfängern zu verzeichnen war. Wenn jeder der Studienbewerber vier bis fünf Bewerbungen eingereicht hat, mussten die Hochschulen 2 bis 2,5 Mio. Bewerbungen - die übereinander gestapelt einen Turm von etwa 100 km Höhe ergeben - prüfen, und zwar weitgehend ohne Zugriff auf das Dialogorientierte Serviceverfahren. Es wird auch nicht hinreichend die Tatsache berücksichtigt, dass die Finanzierung dieser zusätzlichen Bildungslasten und -leistungen nicht

vollständig gesichert ist. Es gibt zwar den Hochschulpakt, die Finanzierung ist jedoch überwiegend nachlaufend. Dennoch passten sich die Hochschulen den damit verbundenen Anforderungen an.

Zurzeit existieren an den Hochschulen zwei Probleme: Zum einen die eben angeführte Arbeitsbelastung, die durch das Dialogorientierte Serviceverfahren reduziert werden könnte, zum anderen das Nachrückverfahren, das im letzten Jahr erheblich zugenommen hat und außerordentlich zeitraubend ist.

Fazit ist, dass wir ein System brauchen, das einen Mehrfachzulassungsabgleich ermöglicht. Dies wird vom Dialogorientierten Serviceverfahren angeboten und kann nicht durch ein Bundeszulassungsgesetz gelöst werden.

Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, ein „Schwarze-Peter-Spiel“ zu betreiben und nach Schuldigen zu suchen, die für den verschobenen Start verantwortlich waren. Die Hochschulen sind bereit, das Problem anzupacken und der Überzeugung, dass das Dialogorientierte Serviceverfahren die beste der denkbaren Alternativen ist. Wir hoffen diesbezüglich auf ihre Unterstützung. Ich danke Ihnen.

Vorsitzende:

Herr Staatssekretär Lange bitte.

Sts. Dr. Josef **Lange** (Kultusministerkonferenz):

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, wie bereits erwähnt, wurde die von T-Systems entwickelte Dialogorientierte - Serviceverfahren-Software auf Grundlage eines Lastenheftes entwickelt, welches sowohl von der KMK und der HRK als auch von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus vier Staatssekretären, gemeinsam erarbeitet worden ist. Diese Software wurde getestet, abgenommen,

läuft und steht zur Verfügung, was auch anhand der bisher bereits vorgetragenen Berichte deutlich geworden ist. Dass die Schnittstelle hinreichend klar und funktional ist, zeigt sich darin, dass drei Hochschulen, die Universität Mannheim, die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und die Universität des Saarlandes diese, aufgrund ihrer individuellen Lösungen, nutzen können. Das heißt, der sogenannte Proof of Principle - der Machbarkeitsnachweis - liegt vor.

Im Übrigen hat der Stiftungsrat nach der Verschiebung des Starts, vor knapp einem Jahr, Gespräche mit den Ländern und über eine entsprechende Arbeitsgruppe mit den Software-Anbietern geführt.

Richtigstellen möchte ich, aufgrund der eher kritischen Äußerung des Herrn Sachse, Folgendes: Ich hatte beim letzten Mal berichtet, dass die Kultusministerkonferenz in ihrer Sitzung am 9. und 10. Juni des vergangenen Jahres einstimmig beschlossen hatte, die Finanzierung der Anbindung zu sichern. Dies ist in allen 16 Ländern unterschiedlich schnell umgesetzt worden, sodass die Finanzierung für die Startphase bis Ende 2012 gesichert ist.

Wir brauchen das Dialogorientierte Verfahren einerseits, um die verfügbaren Studienplätze für Studienbewerberinnen- und -bewerber sicher erreichbar zu machen, andererseits um die dadurch möglichen Effizienzgewinne und Steuerentlastungen generieren zu können. Die dadurch gewonnenen finanziellen Mittel können dann verstärkt in Forschung und Lehre investiert werden. Insofern unterstütze ich das von Herrn Dr. Kathöfer Gesagte aus der Sicht der Länder.

Bekannt ist mir auch, dass derzeit einige Hochschulen darüber nachdenken, aus dem Verfahren auszusteigen. Aus Sicht der Länder ist dies jedoch keine Alternative für die Hochschulen. Sie befinden sich in einem überwiegend staatlich gegründeten, organisierten, geregelten und finanzierten System und haben somit eine gesellschaftliche Aufgabe, nämlich Ausbildungsmöglichkeiten für knapp die

Hälfte eines Altersjahrgangs zur Verfügung zu stellen. Das funktioniert auch, so dass es nicht sein kann, dass sich einzelne Hochschulen bei aller Notwendigkeit der Profilbildung, die sich aus der Entwicklung der Wissenschaft und aus der Nachfrage der Studierenden ergibt, ihrer Gesamtverantwortung entziehen wollen. Ich bin recht sicher, dass die verantwortlichen Ministerinnen und Minister der Länder ihre Hochschulen aus dieser ihrer Verpflichtung nicht entlassen werden. Dies hat nichts mit der parteipolitischen Ausrichtung einer Landesregierung zu tun, es betrifft die Hochschulpolitik und die damit verbundene gemeinsame Verantwortung gegenüber den jungen Generationen und somit auch die Zukunft unseres Landes. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Nun Prof. Teuscher bitte.

Prof. Dr. Michael **Teuscher** (Stiftung für Hochschulzulassung):

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Der Rat der Stiftung für Hochschulzulassung musste in seiner Sitzung vom 15.12.2011 angesichts der unzureichenden Qualität der angebotenen und getesteten Konnektorlösungen für einen Großteil der Hochschulen den angestrebten flächendeckenden Start für das Dialogorientierte Serviceverfahren verschieben.

Mit der Entscheidung im April 2011 hatte der Stiftungsrat eine Road Map, einen Arbeitsplan, erarbeitet und sich für die Vorbereitung des Startes im Folgejahr 2011/2012 entschieden. Insbesondere sollte ein Begleitausschuss der Stiftung eine enge Abstimmung mit den wesentlichen Softwareunternehmen sicherstellen, um im Zweifelsfall Entscheidungen treffen und den Termin 2011/2012 einhalten zu können.

Es ist jedoch nur in Teilen gelungen, funktionsfähige Konnektorlösungen für die Hochschulen anbieten zu können, so ist etwa in Dortmund ist das Dialogorientierte Serviceverfahren bereits funktionsfähig eingerichtet. Derzeit sind etwa 40 Hochschulen technisch in der Lage, am Dialogorientierten Serviceverfahren teilzunehmen. Mit Blick auf die Testergebnisse bezüglich der technischen Anbindung der Hochschulen ist die Einführung gegenwärtig nur in einem Pilotbetrieb möglich. Hierbei wird die Geschäftsstelle der Stiftung in Dortmund die Hochschulen wesentlich unterstützen, sodass es auf jeden Fall aussagekräftige Ergebnisse geben wird.

Dass wir die flächendeckende Einführung des Dialogorientierten Servicesystems verschieben mussten, ist nicht nur für die Hochschulen und für die Länder, sondern insbesondere für die Bewerberinnen und Bewerber natürlich enttäuschend. Es ist aber geplant, neben dem Pilotbetrieb in enger Abstimmung mit den Hochschulen ein koordiniertes Losverfahren, die sogenannte Clearingphase, ab Anfang September durchzuführen, und zwar voraussichtlich zu zwei Terminen, einen früheren für die Fachhochschulen und einen späteren für die Hochschulen.

Am 25.1.2012 wird die nächste Sitzung in der Vorbereitungsgruppe des Stiftungsrates stattfinden, zu der wir die beiden auch hier heute anwesenden Unternehmen eingeladen haben. Zum einen möchten wir darüber entscheiden, wie wir in diesem Jahr den Pilotbetrieb und die Clearingphase weiter vorbereiten bzw. hilfreich begleiten können. Dabei geht es etwa um die aufwändige und zeitintensive komplette Datenmigration in die neuen Campussysteme.

Es geht weiter darum, inwieweit die entwickelten Konnektorenlösungen in den nächsten Monaten ausgerollt werden können, so dass wir in den darauffolgenden Semestern eine möglichst große Anzahl an Studienplätzen, mindestens 70 Prozent der 250 000, anbinden können, um den Mehrfachzulassungsabgleich, die

Kernfunktion des Systems, erfolgreich durchführen zu können. Dies setzt aber voraus, dass sich die Bewerberinnen und Bewerber über ein Portal anmelden und bewerben können und auch müssen.

Dankeschön.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Wir beginnen nun mit der ersten Fragerunde der Berichterstatter. Frau Kollegin Grütters für die Unionsfraktion bitte.

Abg. Prof. Monika **Grütters** (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir diskutieren über das heutige Thema auf zwei unterschiedlichen Ebenen: Die technische und die politische. Bezüglich der Bewertung der Vergangenheit und des Status Quo sind wir uns parteiübergreifend einig. Wie Frau Vorsitzende bereits eingangs darlegte, zeigt die Tatsache, dass wir uns bereits siebenmal im Ausschuss und im vergangenen Jahr zweimal im Plenum mit dem Thema des Dialogorientierten Serviceverfahrens beschäftigten, wie wichtig es für uns ist. Einigkeit bestand darüber, dass ein Verfahren entwickelt werden soll, um Studienbewerbern ihre Anmelde-möglichkeit zu erleichtern. Uneinigkeit bestand jedoch bezüglich des Lösungsweges, ohne irgendeine Schuldzuweisung tätigen zu wollen.

Wir haben zwei Fragen. Die erste Frage richtet sich an Herrn Prof. Jähnichen:

Halten Sie es wirklich für möglich, einen Masterplan für die Erneuerung der HIS-IT zu konzipieren, und unter welchen Voraussetzungen halten Sie diesen für realisierbar? Wir glauben nämlich, dass dies die eigentliche Herausforderung ist.

Diese Frage richte ich bewusst nicht an Sie, Herr Gutow. Zurzeit sehe ich nämlich mehr Gründe, die für einen Neuanfang ohne HIS sprechen - bereits Herr Matschie stellt sich die Frage, warum der Freistaat Thüringen die HIS noch mitfinanzieren

soll, und auch das Ministerium in Bremen zweifelt an der HIS, in anderen Bundesländern wird sogar über die Möglichkeit einer Privatisierung dieses Bereichs nachgedacht.

Ich möchte also keine Verteidigung der HIS, sondern einen sachlichen Bericht über die derzeitigen technischen Möglichkeiten von Herr Prof. Jähnichen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Staatssekretär Dr. Lange und betrifft den politischen Bereich: Herr Lange, sehen Sie in einem Bundeszulassungsverfahren irgendeinen Mehrwert, welche Alternativen gibt es aus Ihrer Sicht, bzw. wie bewerten Sie die ergänzenden Vorschläge von SPD und der LINKEN?

Vorsitzende:

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Vorschläge bezüglich eines neuen Bundeszulassungsgesetzes nie im Zusammenhang mit der heutigen Problematik standen. Die heutige Zeit soll den wirklich wichtigen Fragen gewidmet werden. Im Übrigen bitte ich, wie im Obleutegespräch vereinbart, sich direkt ohne Vorspann auf die Frage zu konzentrieren und klarstellen, an wen diese dann konkret adressiert ist.

Vorsitzende:

Herr Kollege Schulz von der SPD-Fraktion.

Abg. Swen **Schulz** (Spandau) (SPD):

Die Tatsache, dass die Einführung des Dialogorientierten Servicesystems erneut verschoben werden musste, ist für uns als Verantwortliche peinlich, aber dennoch könnten wir damit noch einigermaßen leben. Für die Studienbewerber stellt dies jedoch ein reales Problem dar. Ich stimme im Übrigen meiner Vorrednerin zu, dass

es zur Klärung des Problems keinerlei Schuldzuweisungen bedarf.

Ich möchte gerne in meinen ersten zwei Fragen die Sachverständigen, für deren Ausführung ich mich herzlich bedanke, mit widersprüchlichen Stellungnahmen konfrontieren. Herr Prof. Jähnichen, ich habe von Ihnen gehört, dass im Grunde ein Masterplan „Erneuerung der Hochschul-IT“ notwendig wäre, weil ansonsten die Probleme nicht wirklich zu lösen sind. Herrn Sachse habe ich aber so verstanden, dass das System grundsätzlich funktionieren könnte. Es müsste nur ein entsprechender Auftrag an die Datenlotsen erfolgen. Wörtlich haben Sie das zwar nicht gesagt, aber ich gehe davon aus, dass Sie dies so meinten.

Ich möchte zum einen Herrn Prof. Jähnichen bitten, hierzu Stellung zu nehmen und uns seine Einschätzungen mitzuteilen.

Zum anderen möchte ich Prof. Teuscher zu der Aussage von Herrn Sachse befragen, dass das derzeit angedachte Pilotverfahren im Grunde untauglich (meine Wortwahl) sei; es löse die Probleme nicht, und ein effizienter Test benötige andere Verfahren. Herr Prof. Teuscher wie sehen Sie das? Welchen Nutzen bringt ein Pilotverfahren mit sich? Wie ist das weitere Vorgehen?

Vorsitzende:

Und nun Herr Prof. Neumann für die FDP-Fraktion.

Abg. Prof. Dr. Martin **Neumann** (Lausitz) (FDP):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage an Herrn Sachse. Sie haben wie die anderen Sachverständiger deutlich gemacht, dass neben der technischen, politischen oder finanziellen Situation das fehlende Vertrauen ein wesentlicher Aspekt ist, Vertrauen als wichtige Basis für ein funktionsfähiges

System. Wie kann man der Problematik der Rückgewinnung des Vertrauens gerecht werden, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit eines solchen Systems zur Entlastung der Hochschulen und Vereinfachung der Anmeldeprozesse für die Bewerber.

Die zweite Frage, gerichtet an Herrn Prof. Dr. Jähnichen, betrifft den Masterplan, den es anscheinend bisher nicht ausreichend gegeben hat. Wie stellen Sie sich diesen Masterplan vor, was wären die wichtigen Aspekte, wie sollte er funktionieren? Danke schön.

Vorsitzende:

Frau Kollegin Gohlke für die Fraktion DIE LINKE. bitte.

Abg. Nicole **Gohlke** (DIE LINKE.):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Auch von uns ein Dankeschön an die Sachverständigen für das Kommen und ihren Ausführungen. Meine erste Frage richtet sich auch an Herrn Prof. Dr. Jähnichen.

Ich finde auch, dass man mit Schuldzuweisungen an dieser Stelle nicht weiterkommt, aber ich finde es grotesk, wie die Regierung merkbar versucht, die Schuld bei der HIS zu manifestieren. Bund und Länder sind nämlich Teilhaber der HIS und ich meine, dass es auch eine politische Verantwortung dafür gibt, wie ein Projekt von Anfang an konzipiert und eingeschätzt wurde, aber auch wie die finanzielle Ausstattung bzw. Begleitung war. In Hinblick auf die Zuständigkeit des Fraunhofer-Instituts für die Erstellung des Lastenheftes frage ich Herrn Prof. Dr. Jähnichen, ob Sie bei dessen Erstellung bereits eine konkrete Summe vor Augen hatten und wie viel Geld einerseits für die Entwicklung der zentralen Software, andererseits für die Herstellung der Anbindungstauglichkeit an die lokale Software

veranschlagt wurde. Haben Sie diese Posten einschätzen und somit der Bundesregierung mitteilen können? Der Presse konnte ich entnehmen, dass der größte Teil des Budgets, den die Bundesregierung zur Verfügung gestellt hat, an T-Systems ging und die HIS für die Entwicklung der Konnektoren verhältnismäßig wenig erhalten hat. Folglich würde ich gerne wissen, ob es bereits konzeptionelle Probleme gab und welches Budget erforderlich ist, um ein Gelingen dieses Projektes zu ermöglichen.

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Sachse. Zunächst möchte ich bekräftigen, dass unsere Partei die Pläne der Bundesregierung für eine Privatisierung der Hochschulen nicht unterstützt. Es sollte jedenfalls eine Situation verhindert werden, bei der private Softwareanbieter über den Ablauf des Zulassungsverfahrens entscheiden können. Es war insbesondere der Aufsichtsrat der HIS, allen voran das BMBF, das es der HIS untersagt hat, den von ihr entwickelten Konnektor einzuführen mit der Begründung, wettbewerbsrechtliche Aspekte sprächen dagegen, einzelne Komponenten aus dem kompletten HISinOne-System auszulagern. Gerade dies war jedoch den Datenlotsen erlaubt. Herr Sachse, warum ist Ihr System das bessere, und woran macht sich dies bemerkbar, insbesondere, da es auch bei Ihnen, laut Presseberichten, Schwierigkeiten bei den Mehrfachstudiengängen geben soll? Interessant wäre in diesem Zusammenhang, mit welchen Anschaffungskosten die Hochschulen bei dem Kauf Ihrer Software rechnen müssen.

An der Stelle fände ich es schön, wenn die Bundesregierung dem Ausschuss transparent machen könnte, wie die Pläne bzgl. einer möglichen Privatisierung aussehen.

Vorsitzende:

Wie vorhin im Obleutegespräch verabredet, finden Antragsberatungen bei einer

ordentlichen Ausschusssitzung statt. Wir haben die Bundesregierung gebeten, in dem Zusammenhang ausführlich zu dem Thema HIS zu berichten, bzw. den Ausschussmitgliedern die Gelegenheit zu geben, dieses Thema in Ruhe zu beraten, sodass wir auch dies heute nicht zum zentralen Gegenstand dieses Fachgesprächs machen müssen.

Vorsitzende:

Damit hat der Kollege Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Kai **Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank an die Sachverständigen. Ich möchte mich auf zwei Fragen konzentrieren. Die erste geht an Herrn Prof. Teuscher, nämlich bezogen auf den Brief der Staatssekretärin des BMBF, die einerseits das hohe und sachkundige Engagement der beiden Vorsitzenden und weiterer Mitglieder in der Stiftung für Hochschulzulassung lobt, andererseits aber auch von Schwachstellen schreibt, wie z. B. die Tatsache, dass die Stiftung für Hochschulzulassung nach wie vor mit Management-, Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen arbeitet, die dringend verbessert werden müssten. Mich würde somit interessieren, welche Schwachstellen konkret gemeint sind und wie dies im weiteren Verlauf behoben werden soll, damit die Stiftung besser arbeiten kann?

Die zweite Frage, gerichtet an Herrn Kathöfer, betrifft die Formulierung, dass das Dialogorientierte Serviceverfahren nahezu alternativlos sei. Mich würde dabei interessieren, was hinter dieser Formulierung steckt? Bedeutet dies, dass mittelfristig tatsächlich alle Hochschulen daran partizipieren sollen? Aufgrund der Tatsache, dass bereits sehr viel Zeit verstrichen ist, stellt sich für uns im Hinblick auf die Interessen der Studienbewerber die Frage, wann wir mit einem tatsächlich

funktionierenden System rechnen können ?

Vorsitzende:

Vielen Dank. Wir beginnen mit der ersten Antwortrunde. Herr Prof. Dr. Jähnichen bitte.

Prof. Dr. Stefan **Jähnichen** (Fraunhofer-Institut für Rechnerarchitektur und Softwaretechnik):

Zunächst zum Masterplan. Dieser betrifft nicht nur das Bewerbermanagement, sondern die gesamte IT der deutschen Hochschulen. Aus Bewerbern werden Studierende, aus Studierenden werden Prüflinge und vieles mehr, es geht letztlich auch um benötigte Finanzsoftware. Die beiden hier anwesenden Firmen haben den umrissenen Umfang der Aufgaben nach meiner Einschätzung erkannt und vor diesem Hintergrund ihre Systeme HISinOne und CampusNet angeboten und auch damit begonnen, die Hochschulen damit auszurüsten. Es kommt hinzu, dass wir im Lastenheft zum Dialogorientierten Serviceverfahren schon sehr frühzeitig eine zentrale Lösung beschrieben haben. „Cloud“ ist vielleicht an dieser Stelle das richtige Thema. Es liegt mir natürlich am Herzen, dass man so eine Lösung dann vielleicht auch langfristig und in ihren Auswirkungen betrachtet. Und dazu gehört wirklich ein Masterplan: Wie kann man das machen, welchen Betreiber hat man dafür, und welche Systeme sind das insgesamt. Die Hochschulmitarbeiter, die an den Systemen sitzen und mit ihnen arbeiten, müssen wissen, wer was betreibt. Das ist das, was wir wollen. Damit hat man dann sowohl eine Autonomie der Hochschulen, als auch eine zentrale Dienstleistung. Das haben wir so wohl nicht früh genug gesehen.

Die Frage, die hier immer wieder aufkommt, Schwarzer Peter an die HIS. Also, auch ich warne davor, dieses Spiel zu lange zu betreiben. Man kann natürlich fragen, warum haben Sie das nicht gesehen, Herr Jähnichen. Ich habe es damals

nicht gesehen, die HIS hat es nicht gesehen, die Hochschulen haben es nicht gesehen. Die HIS war wahrscheinlich diejenige, die in der Kommunikation mit den übrigen Verantwortlichen am ehesten hätten sagen können: Okay, wir kennen unsere Systeme, wir sehen da Schwierigkeiten, und wir brauchen vielleicht auch mehr Geld, um das lösen zu können. Ich denke, das wäre damals am besten gewesen; sie waren aber die Ersten, die es gemacht haben. Dennoch hat es keinen Sinn, an dieser Stelle allzu lange über die Vergangenheit zu sinnieren.

Zu den Kosten kann ich wenig sagen. Das würde ich dann etwa den beteiligten Firmen überlassen. Ich fange jetzt nicht an, Pi mal Daumen irgendwelche Summen zu nennen, man möge es mir verzeihen.

Damit sind wir schon fast am Ende. Warum die Aufträge damals nicht an die HIS gegangen sind? Es war niemandem klar, in welche Falle wir hier gelaufen sind. Es war auch der HIS nicht klar, denn ansonsten hätte sie sich nicht darauf eingelassen und letztendlich ihre Existenz aufs Spiel gesetzt. Ich glaube, ich bin auf alle an mich gerichteten Fragen eingegangen.

Nochmals: Ich habe am Anfang gesagt, HISinOne und CampusNet sind Systeme; allerdings muss man an dieser Stelle ein wenig sinnieren. Man muss sagen, das große Problem liegt nicht im Ausrollen dieser beiden Systeme, sondern das Problem liegt bei den GX-Hochschulen, die zu 70 oder 80 Prozent immer noch eine alte Software haben und somit auf Konnektoren angewiesen sind.

Aus meiner Sicht haben beide Firmen unterschiedliche Wege bestritten. Die Datenlotsen haben ein eigenes Bewerberportal genutzt, haben Strukturen aus den Datenbanken der Systeme genommen und in ihr Portal migriert. Dies erfordert immer noch manuelle Arbeit an den Hochschulen, die man dann - nebenbei bemerkt - im Falle von Änderungen in den Studiengängen und Ähnlichem jedes Jahr wiederholen muss. Das heißt, auch die Lösung mit den Konnektoren ist nur

eine Zwischenlösung. Die HIS hat demgegenüber versucht, an dieser Stelle ein komfortableres System aufzubauen, also die Integration besser zu machen. Sie ist damit aber gescheitert und hat in den letzten Tagen letztendlich auch eine Lösung vorgeschlagen, die der Lösung der Datenlotsen in etwa entspricht. Wie gesagt, die ganzen GX-/ZUL- Hochschulen sind an dieser Stelle ein Problem, das man mittelfristig lösen muss. Die Konnektorenlösung ist nur eine Zwischenlösung.

Vorsitzende:

Herr Dr. Lange bitte.

Sts. Dr. Josef **Lange** (Kultusministerkonferenz):

Zunächst zu der Frage von Frau Prof. Grütters, betreffend das Bundeszulassungsverfahren. Vorhin wurde bereits gesagt, dass man über Gesetze und Verordnungen keine Software zum Laufen bringt. Das ist eine Antwort, die ein Nichttechniker und Nichtinformatiker hierzu gibt. Ich will noch einmal wiederholen, dass das Lastenheft zu einer funktionierenden Software geführt hat. Die Schnittstelle ist sauber definiert, denn ansonsten hätten weder die Systeme HISinOne noch CampusNet/CampusNet-Apply oder die Universität Mannheim und die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg einen funktionsfähigen Anschluss finden können. Diese Systeme, sowohl das Dialogorientierte Serviceverfahren als auch die Anbindungen, entsprechen den unterschiedlichen Hochschulzulassungsgesetzen der Länder. Wir bewegen uns auf der Ebene der konkurrierenden Gesetzgebung. Wir befinden uns aber auch im inzwischen mehr kompetitiven als kooperativen Föderalismus, wo die Länder die Profile ihrer Hochschulen und ihrer Hochschulpolitik entsprechend schärfen und somit die Anforderungsprofile der Hochschulen und der Studienbewerberinnen/Studienbewerber divergieren.

Ich will nicht die unterschiedlichen Anforderungen in den niedersächsischen

Hochschulen vorstellen, aber wenn Sie sich anschauen, dass beispielsweise die Technische Universität München alle ihre Studierenden nach individuellen Bewerbungsverfahren und Gesprächen auswählt und dass die Universität Heidelberg in zulassungsbeschränkten Studiengängen Ähnliches macht, dann zeigt dies, dass hochschulindividuelle Lösungen bestehen und dies in den 16 bestehenden Bundesländern nicht leicht geändert werden kann. Dies ist eine Konsequenz der Profilbildung der Hochschulen, die nicht politisch verordnet ist, vielmehr reagiert die Hochschulpolitik auf die Entwicklung der Wissenschaft.

Wenn wir uns diese in den letzten 20 Jahren anschauen, erkennen wir eine Dynamik, die dazu führt, dass wir einen Differenzierungsprozess bei den traditionellen Fächern erleben. Beispielsweise können Universitäten nicht einmal mehr Biologie in ihrer ganzen Breite anbieten, weil ihnen dies weder personell noch finanziell möglich ist. Daraus ergibt sich die Profilbildung in der Forschung an den Universitäten, aber auch an Fachhochschulen, die - allerdings in anderer Art und Weise - auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren. Die Universitäten besitzen hochschulindividuelle Profile. Der sich daraus ergebene Wettbewerb führt manchmal zu Hochschulegoismen, also zu institutionellen Egoismen, die die individuelle Entwicklung der einzelnen Hochschule höher stellt als die Gesamtverantwortung des Hochschulsystems. Dies gehört zu den Dingen, die sich in der letzten Zeit entwickelt haben. Hierbei greifen die Hochschulpolitik und die Länder korrigierend ein, damit keine Entwicklung zustande kommt, die gegenüber der jungen Generation nicht zu verantworten ist. Insofern wäre ein Bundeshochschulzulassungsgesetz keine Lösung oder keine Antwort, die sich aus der internationalen wissenschaftlichen Entwicklung und dem internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb ergibt; denn dieser endet nicht durch Abschottungsstrategien.

Zu der Frage von Frau Gohlke, Stichwort „Zulassungssoftware in der öffentlichen Hand behalten“. Sie haben in Ihrem Antrag unterstellt, die Software bestimme die

Hochschulzulassung. Dies ist eine völlig falsche Wahrnehmung der Sachverhalte. Die Hochschulen und die Länder haben gemeinsam nach entsprechenden Kriterien das Lastenheft definiert. Ein Teil der Komplexität liegt darin, dass die unterschiedlichen Anforderungen der Hochschulen in diesem zentralen System abgebildet werden sollten. Wenn Sie ein Einheitssystem haben, geht alles sehr viel einfacher, wenn Sie demgegenüber ein Softwaresystem entwickeln, das viele Individualitäten abbilden kann, wird es komplexer. Nach den Vorgaben der Hochschulen und der Länder wurde von T-Systems die Dialogorientierte Software für das Dialogorientierte Serviceverfahren entwickelt. Mit dieser werden die Anbindungen an die individuellen Profile der Hochschulen gestaltet. Bildlich gesprochen bedeutet dies, dass wir in der Hochschul-IT- was das CampusNet betrifft - den Weg von der handwerklichen Herstellung hin zu einer industriellen, standardisierten Software gehen.

Die Annahme, Software würde Hochschulpolitik bestimmen, geht daran vorbei. Hochschulpolitik, Hochschulen und die Politik in den Ländern definieren die gesetzlichen Zulassungskriterien, und Artikel 12 Absatz 1 Grundgesetz, die Berufswahlfreiheit ist die ausschließliche Grundlage für die Ausgestaltung der Studienwahlfreiheit; da redet die Software nicht hinein. Diese soll zum einen möglichst kostengünstig und zum anderen bestmöglich für die Studenten die Arbeit der Hochschulen im Spannungsfeld zwischen der Freiheit von Forschung und Lehre Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz und der Berufswahlfreiheit der Studierenden gestalten - und dies schließt auch eine Qualitätssicherung ein. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Herr Sachse bitte.

Stephan **Sachse** (Datenlotsen Informationssysteme GmbH):

Vielen Dank. Ich möchte erst auf die Frage zur Problematik des Vertrauensgewinns antworten. Wie kann das Vertrauen wiederhergestellt werden? Ich denke, zuallererst durch ein funktionierendes Verfahren, das zum einen mehr Komfort und Service für die Bewerberinnen und Bewerber bietet und zum anderen die knappen personellen und finanziellen Ressourcen effizient nutzt. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass ein verbindlicher Zeitrahmen verabredet wird, der dazu führt, dass sich die Hochschulen auf das Erreichen der in dem Projektplan verabredeten Meilensteine verlassen können. Ich denke auch, man muss den Fortschritt sehr engmaschig prüfen, sodass die jeweiligen funktionalen und prozessualen Herausforderungen durch die Hochschulen auch selbst bewertet werden können. Es ist zudem wichtig, dass es eine Art Steuerungsgremium gibt, das den Projektfortschritt entsprechend öffentlich dokumentiert, um erneute Überraschungen zu vermeiden. Es ist schließlich wichtig, den Hochschulen eine Perspektive zu geben, wie über die Pilot- und Projektphase hinaus das Ganze finanziert werden soll.

Zu der Frage der Privatisierung der HIS. In diesem Kontext sind mir drei Fragen gestellt worden. Entscheiden die Datenlotsen mit ihrer Software über die Abläufe von Bewerbungsverfahren? Eindeutig nein. Wir stellen nur ein Werkzeug zur Verfügung, mit dem die Hochschulen ihre individuellen Bewerbungs- und Zulassungsverfahren konfigurieren können. Man kann dies mit einem Automobilhersteller vergleichen. Er produziert ein Auto, wohin Sie mit diesem dann fahren, bleibt Ihnen überlassen. Und wie die Hochschulen ihr Bewerbungsverfahren oder Zulassungsverfahren mit der Software konfigurieren, bleibt ihnen jeweils überlassen. Hierauf haben wir keinen Einfluss. Unsere Software ist zur Zeit - wie Herr Jähnichen bereits ausgeführt hat - in der Lage, mit den Einfachstudiengängen so umzugehen, dass wir an das zentrale Verfahren angeschlossen sind. Wir haben in unserer Entwicklungsabteilung in enger Abstimmung mit der Stiftung für Hochschulzulassung und dem Stiftungsrat einen

klaren Projekt- und Zeitplan verabschiedet. Zur Anbindung der Mehrfachstudiengänge haben wir diesen aufgrund der eingetretenen Verzögerungen leicht modifiziert. Wir haben für den Umgang mit den Einfachstudiengängen allerdings einen Zwischenschritt eingebaut, der bezogen auf die Anbindung an das Dialogorientierte Serviceverfahren für mehr administrativen Komfort sorgt. Wir werden jetzt Ende Februar 2012 so weit sein, auch die Mehrfachstudiengänge anbinden zu können.

Zu den Kosten möchte ich sagen, dass diese hochschulindividuell sind. Jedenfalls kann man sagen, dass wir unsere Software und unsere Dienstleistungen in der Regel zu den gleichen Kosten anbieten wie die HIS.

Vorsitzende

Herr Prof. Teuscher bitte.

Prof. Dr. Michael **Teuscher** (Stiftung für Hochschulzulassung):

Vielen Dank. Die erste Frage betraf die Softwareentwicklungen und die Pilothochschulen. In den letzten Jahren war die Softwareentwicklung bereits so weit, dass die Hochschulen aufgrund des Dialogorientierten Verfahrens das dreizehnte Release von HIS in der Regel implementiert haben. Wir hatten uns letztes Jahr hier getroffen, und es ist deutlich geworden, dass viele Hochschulen mit relativ alten Verfahren arbeiten und die neuen nur schrittweise implementiert werden konnten; im Regelfall Produkte der HIS als hauptsächlichem Marktanbieter.

Zum vorgesehen Pilotverfahren ist zu sagen, dass der Mehrfachzulassungsabgleich, der von uns als Kernlösung für das Dialogorientierte Verfahren vorgesehen war, voraussetzt, dass mindestens 70 Prozent der Studienplätze durch das System

verwaltet werden. Ein voll funktionsfähiger Mehrfachzulassungsabgleich mit lediglich 40 Hochschulen wird im Dialogorientierten Verfahren sicherlich nicht möglich sein. Das betrifft die Hochschulen selbst und nicht die Bewerberinnen und Bewerber. Die Bewerber erhalten ihre Zulassung von der Hochschule, egal ob diese nun am Dialogorientierten Verfahren teilnehmen oder nicht. Das Problem ist nur, dass Personen, die einen Studienplatz annehmen, nicht umgehend aus dem System fallen und damit Studienplätze wieder frei machen, wie dies durch das Dialogorientierte Verfahren im Mehrfachzulassungsabgleich erfolgen könnte. Dies kann bei Nichtabsage weiterer Bewerbungen durch die Studierenden selbst im Hinblick auf die gegenwärtig notwendigen zwei Koordinierungsverfahren zur Blockierung von Studienplätzen bis in den September hinein führen. Es gibt nämlich nicht die Möglichkeit hochschulindividueller Nachrückverfahren. Nach derzeitigem Sachstand müssen wir bei den verbleibenden Studienplätzen mit einer Annahmequote von vielleicht 40 Prozent rechnen. Somit müssen wir mit ca. 60 Prozent der Plätze in das Clearingverfahren gehen; das ist sicherlich nicht optimal.

Vorsitzende:

Ich möchte zum allseitigen Verständnis nachfragen: Die Bewerber können sich die ID - Nummer von Hochschulstart.de besorgen; mit ihrer Hilfe kann identifiziert werden, wer sich wo beworben hat und wer bereits eine Zulassung erhalten hat, so dass, - allerdings erst nach einer möglicherweise unerwünscht langen Zeit - den anderen Hochschulen darüber Mitteilung gemacht werden kann.

Prof. Dr. Michael **Teuscher** (Stiftung für Hochschulzulassung):

Nur bei den 40 Hochschulen, die am Dialogorientierten Verfahren teilnehmen, d.h. die Funktionsfähigkeit des Systems an sich kann nicht zentral getestet werden, sondern nur zwischen den Hochschulen, die daran teilnehmen. Deswegen sind wir dabei zu schauen, ob irgendwelche Cluster bestehen, mit denen wir operieren

können.

Wir haben auch über andere Verfahren nachgedacht, etwa Einfachstudiengänge z.B. Psychologie über das Typ-C-Verfahren teilnehmen zu lassen. Herr Jähnichen hat aber bereits ausgeführt, dass aufgrund der hohen Bewerberzahlen gerade bei diesem Studiengang das manuelle Verfahren nicht geeignet ist. Wir waren zwar in der letzten Stiftungsratssitzung dabei, es zu favorisieren, aber technisch bestehen auch hierbei zu viele Unsicherheiten.

Das Pilotprojekt, das wir jetzt starten, soll den Hochschulen gerade zeigen, dass die Funktionsfähigkeit zwischen den implementierten Lösungen von HIS und den Datenlotsen mit dem Dialogorientierten Verfahren besteht und somit keine Probleme bei dem Datenübertrag von Ranglisten bestehen. Wer im Dialogorientierten System seine Zulassung erhalten hat und diese annimmt, macht Platz für das Nachrückverfahren. Das kann auch im Kleinen getestet werden, aber mit dem Nachteil, dass die Hochschulen erst im Clearingverfahren die freigewordenen Studienplätze weitervergeben können. Wir haben auch überlegt, bereits nach den ersten Koordinierungsphasen in ein hochschulindividuelles Nachrückverfahren überzugehen, also ein verkürztes Verfahren im Dialogorientierten System. Der 25.1. ist wichtig für uns, denn uns ist noch nicht ganz klar, wie im Zweifelsfall eine saubere Lösung für das Pilotprojekt aussehen könnte.

Der zweite Teil der Frage bezog sich auf den Brief und insbesondere die Frage der strukturellen Schwachstellen. Die ZVS war seit dem Termin Anfang 2000 vor allem auf die vier zentralen Studiengänge Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie und Tiermedizin ausgerichtet und dies wurde mit hoher Qualität gemacht, zunächst von der ZVS, nunmehr von der Stiftung. In diesem Verfahren gibt es an sich kein Grund zum Klagen. Das wird von der Stiftung, von der früheren ZVS sehr gut gemacht. Es ist sicherlich so, dass das neue Projekt personell und strukturell

andere Anforderungen stellt als das bisherige, stark papierbasierte Verfahren. Bei solchen Projekten mit hoher IT- Relevanz wird insbesondere der Bereich Kommunikation und Management gefordert.

Des Weiteren hat der Bund beauftragt, das Projekt zu implementieren. Hierfür sind Personalressourcen vorgesehen gewesen, um das Projekt voranzubringen. Allerdings haben die Länder als Träger der ZVS in dem Errichtungsgesetz lediglich erklärt, dass die Kosten für den Betrieb des Dialogorientierten Verfahrens von den Hochschulen getragen werden. Der kritische Punkt ist jetzt, wann wird personell aufgerüstet? Ist das jetzt noch Anschub oder ist das schon Betrieb? Wie kann ein Betrieb funktionsfähig tätig werden, wenn er personell nicht hinreichend ausgestattet ist? Wie kann ein Betrieb funktionieren, wenn über Hochschulen im vor- oder nachgelagerten Bereich Kosten gebührentechnisch finanziert werden sollen? Daran müssen wir noch arbeiten. Es ist klar, dass die Geschäftsstellen der Hochschulen in den Bereichen Management, IT und Kommunikation wesentlich anders strukturiert sein müssen als im bisherigen zentralen Verfahren.

Was steht für die Zukunft an? Ich habe schon gesagt, am 25.1. ist die nächste Sitzung, bei der wir insbesondere die Maßnahmen für das Pilotprojekt diskutieren werden, uns aber auch der Frage widmen, wie es nach 2012 weiter gehen soll. Als derzeit funktionsfähige Lösungen existieren HISinOne und CampusNet. Beides sind komplexe Campuslösungen, die zeitaufwendige Implementierungen benötigen, und Zeit ist das, was uns gegenwärtig nicht ausreichend zur Verfügung steht. Wir haben von den Datenlotsen CampusNet-Apply und von der HIS wird, wie ich im heutigen Fachgespräch erfahren habe, jetzt auch ein schlankeres Konnektorenverfahren entwickelt. Genau diese möchten wir am 25.1. kennenlernen, um die jeweiligen Funktionalitäten und die Zeithorizonte auszuloten. Ziel muss es sein, innerhalb der nächsten Monate mit den Hochschulen ein Roll Out von so viel Softwarelösungen bewerkstelligen zu können, dass wir ansatzweise 70 Prozent der relevanten Studienplätze im System

haben.

Im Übrigen müssen wir uns entscheiden, ob wir in ein regionales oder fachliches Cluster gehen. Das heißt, wir gehen in bestimmte Studiengänge rein und versuchen dann, Hochschulen, die solche anbieten, für die neuen Softwarelösungen zu gewinnen, um in diesem Bereich für das nächste Semester einen Mehrfachzulassungsabgleich sowohl für die Bewerber als auch für die Hochschulen sicher stellen zu können.

Ein letzter Punkt, der schon ansatzweise angesprochen wurde betrifft die stärkere Standardisierung des Zulassungsverfahrens. Wir waren uns bereits in der vorletzten Sitzung des Stiftungsrates einig, dass wir uns hierfür zusammensetzen müssen. Der Stiftungsrat ist insoweit eigentlich qualifiziert, wir haben mit den Ländern diejenigen, die dafür die Gesetzgebungskompetenz haben, und wir haben die Hochschulen an Bord, die sich im Zweifelsfall auch individuelle Lösungen vorstellen können. Wir müssen, und zwar unabhängig von der Frage einer späteren Bestätigung durch die Landesgesetzgeber, mit Blick auf die Zukunft gerade Vorschläge entwickeln, die zu einer Vereinheitlichung der Datenanforderungen an das Zulassungsverfahren führen. Damit soll nicht die Autonomie der Hochschulen in Frage gestellt werden, für welche Bewerberinnen und Bewerber welche Studiengänge bereitgehalten werden. Das Problem, über das wir hier diskutieren, betrifft vielmehr allein die Daten: Welche Daten brauchen wir, wo bekommen wir sie her, und wie werden sie transformiert? Danke.

Vorsitzende

Herzlichen Dank für die klaren Worte, dass Standardisierung in diesem Bereich nötig ist. Wir beginnen mit der zweiten Runde. Herr Rupprecht bitte.

Abg. Albert **Rupprecht** (Weiden) (CDU/CSU):

Vielen herzlichen Dank. Herr Prof. Jähnichen, wir hatten am 16. März letzten Jahres ein Fachgespräch, bei dem Sie auch dabei waren. Nach diesem Gespräch habe ich aufgrund ihrer Zusammenfassung die Schlussfolgerung gezogen, dass kein technisches Problem, sondern ein sehr ehrgeiziger Zeitplan besteht. Ich muss ehrlich gestehen, ich habe einen massiven Vertrauensverlust und den Eindruck, dass das damalige Fachgespräch im Grunde keine Antworten lieferte, es sich um Fehlinformationen handelte. Ich fühle mich nicht hinreichend und korrekt aufgeklärt, so dass ich Sie bezüglich meiner folgenden Fragen um Verständnis bitte.

Mir reicht es nicht, dass Sie sagen, ein „Schwarze-Peter-Spiel“ sei nicht die Lösung. Natürlich möchte ich als Bundestagsabgeordneter wissen, was die Ursache der Probleme ist, wenn wir 15 Mio. EUR zur Verfügung gestellt haben. Ich möchte das Vertrauen zurückgewinnen. Wo lag also die Ursache, damit wir bei der Suche der Lösung gezielt vorgehen können. Es ist mir zu wenig, wenn Sie sagen, alle haben irgendwo etwas nicht erkannt. Wenn 80 Prozent der Hochschulen dieses Problem haben, kann es im Hinblick auf die Zahl der vorhandenen Fachleute doch nicht sein, dass alle das Problem nicht erkannt haben.

Meine Frage richtet sich somit konkret an den Vertreter der HIS. Wenn die Anforderungen korrekt formuliert wurden, das Pflichtenheft korrekt auf die Schnittstelle bezogen war und sich das Fachgremium, welches das Pflichtenheft freigab, auch korrekt verhielt, ziehe ich die Schlussfolgerung, dass die HIS bei der Umsetzung, Erstellung und Programmierung dieser Schnittstelle nicht ihre Arbeit gemacht hat. Täusche ich mich oder ist das so, Herr Gutow?

Zweiter Punkt. Wenn dies nun die Ursache ist, dann wäre wohl die Lösung, und Prof. Jähnichen, Sie sagten, es existieren zwei Möglichkeiten: Entweder wir machen eine Supersoftware für alle Hochschulen - ich prognostiziere, eine solche

Metalösungen wird uns allen nicht gelingen - oder wir versuchen ganz pragmatisch dieses Schnittstellenthema in den Griff zu bekommen. Hierfür bestehen verschiedene Ansatzpunkte. Die einen Partner sagen, wir werden das schaffen, die anderen stellen sonderbarerweise erst jetzt die Lösung vor. Ich frage Sie als denjenigen, der unserer Einschätzung nach fachlich den größten Überblick haben müsste, wenn wir uns auf diese Konnektorenlösung versteifen, was wäre Ihrer Meinung nach das vernünftigste Verfahren? Müsste nochmal eine Ausschreibung erfolgen und ein Partner ausgewählt werden? Beauftragen wir mehrere Partner, die mit den Hochschulen und mit den Ländern zusammenarbeiten?

Bei einer Hochschule oder einem Bundesland stellt der Anbieter die Lösung in vernünftigen Zeitabläufen. Die Frage: Wenn wir nicht die Metalösung wollen, sondern die Konnektorenlösung, wie könnte dann ein vernünftiges Verfahren aussehen? Wer muss was oder wann in den nächsten Tagen bzw. Wochen tun, damit wir zeitnah zu einer Lösung kommen, wie hoch werden ungefähr die Kosten sein?

Vorsitzende:

Ich kann mich dem gesamten Vorspann des Kollegen Rupprecht anschließen, möchte aber Folgendes noch hinzufügen: Es müsste auch die interessierte Öffentlichkeit fassungslos machen, dass man feststellt, welche Probleme es gegeben hat, es jedoch keinem rechtzeitig aufgefallen ist. Dies kann ja eigentlich nicht sein, denn ich möchte darauf hinweisen, dass wir uns hier im Ausschuss schon mehrfach mit diesem Thema befasst und sowohl die Experten als auch die Bundesregierung befragt haben.

Uns als Abgeordnete erreichten mahnende, kritische Stimmen aus sämtliche Richtungen: Von der Hochschulseite, den Entwicklern bis hin zu den Hochschulkanzlern, die auf das Schnittstellenproblem an den Hochschulen

hingewiesen haben. Es wurden keine Prozessanalysen durchgeführt. So kann das alles nicht funktionieren. Sie und die Bundesregierung sind gefragt worden, und alle haben immer gesagt: „Wir reden jetzt nicht darüber, wir müssen nach vorne schauen und vor allen Dingen nicht zurück - wir dürfen nicht nur über Ursachenanalyse reden.“ Ich kann Ihnen nur sagen, je mehr jemand verhindern möchte, dass man nach strukturellen Problemen fragt, wie auch von Frau Quennet-Thielen gefordert, desto mehr verstärkt sich der Verdacht, dass man die Decke, unter die man eventuell schauen könnte, besser nicht heben sollte. Es geht nicht um persönliche Schuldzuweisungen, um das deutlich zu machen, aber ich möchte nochmal fragen, ob die entstandene Komplexität schlicht nicht händelbar ist?

Eine Frage an Prof. Jähnichen. Ist es überhaupt möglich, und haben Sie jemals schon erlebt, dass ein Entscheidungsgremium von 32 Repräsentanten mit wechselnden personellen Vertretern, davon 16 aus den Landesministerien und 16 Landeshochschulrektoren - die HRK ist im Prinzip nicht beteiligt gewesen - in den Sitzungen überhaupt in der Lage ist, für ein hochkomplexes System Anforderungsvorgaben und Managementvorgaben zu formulieren? Hat es so etwas bereits in dieser Gesellschaft gegeben? Ich glaube nein. Die Unternehmer, mit denen ich rede, schlagen immer die Hände über dem Kopf zusammen. Ich glaube, Herr Sachse würde das auch so sehen. Ist es nicht auch ein Problem, dass zu viele widersprüchliche Interessen bestehen? Auch die einzelnen Hochschulen sind genauso wie die Länder keine homogene Veranstaltung. Wurde letztendlich versucht, die widersprüchlichen und widerstrebenden Einzelinteressen in diesem Lastenheft zu vereinen? Ist hier eine Komplexität entstanden, die nicht nur wegen der Vielfalt der Studiengänge, sondern letztendlich durch Technik und Organisation nicht mehr händelbar ist?

Diese Frage muss man hier stellen, weil das auch für künftige Steuerungsmodelle in der Bundesrepublik interessant sein wird, insbesondere, da die Anteilseigner

eines der ausführenden Unternehmen der Bund und die Länder sind, diese den Aufsichtsrat bestellen, der die Unternehmenspolitik mitbestimmt. Ist dies nicht mit einer der Grundkonstruktionsfehler in diesem ganzen System, warum es letztendlich vermeintlich technische Probleme gab, die Ursachen aber ganz andere sind. Wäre es für ein funktionierendes System nicht notwendig, die Komplexität der Anforderungen insgesamt zu reduzieren, um auch in einer Übergangsphase die Teilnahme von möglichst allen Hochschulen möglich zu machen?

Ich frage nochmal Herrn Sachse, ob es nicht für die Bewerber und die Hochschulen besser wäre, eine absolute Miniversion zu fahren, wenn das mit der ID-Nummer funktioniert? Wäre damit der Abgleich von Mehrfachstudienbewerbungen möglich, sodass keine Studienplätze übrig bleiben würden? Ich gehe jetzt nicht auf Herrn Dr. Kathöfers Äußerung ein. Das war ein schöner Ablenkungsversuch, ist aber nicht ganz geglückt. Wäre das nicht eine Möglichkeit, im Gegensatz zum Pilotbetrieb, bei dem Sie die Funktionalität bei den 40 teilnehmenden Hochschulen doch nicht ernsthaft überprüfen können?

Vorsitzende:

Herr Prof. Neumann bitte.

Abg. Prof. Dr. Martin **Neumann** (Lausitz) (FDP):

Die Botschaft des Tages sollte sein, dass wir mit diesem Fachgespräch die Möglichkeit bekommen, realistisch einschätzen zu können, wie es weitergeht. Ich meine, diese Diskussion ist notwendig, was bereits mehrfach gesagt wurde. Wichtig ist, den Studierenden, den Bewerbern klar zu sagen, wie es weitergeht und wann das Verfahren tatsächlich funktionieren wird. Wir sind uns einig, dass am Pflichtenheft nichts verändert werden soll.

Jetzt muss ich aber nochmal konkret an Herrn Sachse die Frage stellen. Sie meinten, es sei alles lösbar - so habe ich Sie verstanden. Ich frage Sie jetzt, ohne auf die technischen Details erneut eingehen zu wollen, wie viel Zeit und wie viel Geld wäre notwendig, damit die Umsetzung des Pflichtenheftes verabredungsgemäß und wirklich zeitnah erfolgen kann?

Eine zweite Frage an Herrn Dr. Kathöfer: Haben Sie bereits Informationen, welche möglichen Auswirkungen das Nicht-Zustandekommen des Systems im Hinblick auf die hohen Bewerberzahlen haben würde? Was spielt vielleicht auch in Bezug auf die ausländischen Bewerber eine Rolle? Gibt es etwas Konkretes, das wir hier wissen sollten? Vielen Dank.

Vorsitzende

Frau Gohlke.

Abg. Nicole **Gohlke** (DIE LINKE.):

Ich muss sagen, dass ich insbesondere den Redebeitrag der Unionsfraktion schon ein bisschen schwierig fand, besonders unter dem Gesichtspunkt, dass wirklich so getan wird, als habe man mit dem ganzen Vorgang überhaupt nichts mehr zu tun. Ich finde schon, dass man sich nicht aus der politischen Verantwortung stehlen kann. Die Situation, die die Akteure vorgefunden haben wurde politisch herbeigeführt, sodass man diese auch politisch seriös einschätzen muss. Der Bund und die Länder sind Gesellschafter der HIS, und das BMBF stellt den Aufsichtsratsvorsitzenden.

Es ist somit schwierig, sich dann an die Sachverständigen zu wenden und zu sagen, Ihr habt uns alle nicht richtig informiert und Ihr habt alles nicht richtig gemacht. Ich finde, damit macht man es sich zu einfach. Ich glaube nämlich, dass

es sowohl eine technische als auch eine politische Lösung geben muss. Wenn die Datenlotsen in der Presse zitiert werden wie z.B. „Staatlich subventionierte IT-Infrastrukturdienstleistungen für Hochschulen sind nicht mehr geeignet, flexibel auf die heutigen Anforderungen an modernen IT-Systeme zu reagieren“, dann meine ich, dass hinter dieser politischen Aussage auch ein Stück Eigeninteresse steht. Ich finde, das muss die Politik auch zur Kenntnis nehmen.

Meine Frage geht an die Hochschulrektorenkonferenz, aber auch an die Bundesregierung.

Meine Frage ist, wenn mehrere Anbieter existieren, könnte dies ein Quell neuer Inkompatibilitäten sein? Könnte das auch ein Quell neuer Schnittstellenproblematiken bzw. Anschlussproblematiken darstellen? Diese Frage würde ich gerne politisch oder technisch beantwortet haben, um daraus eine politische Schlussfolgerung ziehen zu können.

Eine Frage hätte ich auch an Herrn Dr. Gutow von der HIS. Es gab jetzt von mehreren am Prozess beteiligten Akteuren den Vorschlag, Tests am Verfahrensmodell „Psychologie“ durchzuführen. Dieser wurde jedoch wieder ad acta gelegt. Könnten Sie aus Ihrer Sicht beschreiben, wo nun die Schwierigkeiten liegen? Soweit ich den Prozess begleitet habe, hatte ich immer gehört, dass das momentan das wahrscheinlichste Modell wäre, um einen erfolgreichen Test durchführen zu können. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Herr Gehring.

Abg. Kai **Gehring** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN):

Auch die Bundesregierung - das BMBF - war, ist und bleibt wichtiger Akteur in diesem komplexen Zusammenhang. Deshalb würde ich gerne auch den Sachverständigen der Bundesregierung zu Rate ziehen, weil ich zwei Dinge schlichtweg nicht verstehe.

Zum einen würde ich gerne wissen, ob es zu keinem Zeitpunkt eine Problemanzeige seitens der Stiftung, der HIS, T-Systems oder auch eines anderen Akteurs gab, dass weder die personell eingesetzten Kapazitäten und Ressourcen ausreichen würden noch, dass die Höhe der Anschubfinanzierung bzw. auch die Ausgestaltung des Lastenheftes so nicht ausreichen bzw. funktionieren werde? Ich wüsste gerne, ob und wenn ja, wann eine solche Problemanzeige dem BMBF letztlich bekannt wurde. Es kann einfach nicht sein, dass diese in einem mehrjährigen Prozess nicht erfolgte.

Zum anderen frage ich mich, wenn wir hier über die Komplexität des bisherigen Verfahrens reden, wie soll dann eine Privatisierung der HIS-IT ein Lösungsweg sein? Welchen Mehrwert verspricht sich die Bundesregierung von einem komplizierten Privatisierungsverfahren? Könnte man dann nicht Sorge haben, dass das wieder zu einem Komplexitätszuwachs und somit zu einem weiteren Zeitverzug führt - es also nicht dazu geeignet ist, möglichst schnell ein flächendeckendes und funktionierendes Softwaresystem bundesweit einzuführen? Dies ist aber genau das, was dem Gesamtinteresse dieses Ausschusses und aller Akteure entspricht. Ich wüsste gerne als Akteur dieses Prozesses von der Bundesregierung, was das Ganze bedeuten soll und was es bringen wird?

Hinsichtlich des Aufwands für die Hochschulen wüsste ich gerne von der HRK Folgendes: Wie werden die Kosten pro Bewerbung sein? Welche Schulungsmaßnahmen müssen durchgeführt werden? Wie sieht es mit der Akzeptanz aus? Wie viele unbesetzte Studienplätze bestanden im Wintersemester 2011/2012, damit wir diese mit den vorherigen vergleichen können?

Vorsitzende:

Herr Schipanski bitte.

Abg. Tankred **Schipanski** (CDU):

Frau Vorsitzende, vielen Dank. Meine erste Frage richtet sich an den Vertreter der HRK. Wir haben gehört, dass anscheinend die Software an den Universitäten angepasst werden muss. Mich würde der konkrete Plan der HRK interessieren. Was ist vorgesehen? Wie wollen Sie das koordinieren? Mit welchen Kosten rechnen Sie? Wie sind diese Kosten zu begleichen?

Die zweite Frage geht an den Vertreter von HIS: Sehen Sie sich in der Lage, diese Konnektoren zu programmieren? Ist das für Sie auch, wie von Prof. Jähnichen dargestellt, nur eine Zwischenlösung, und haben wir als endgültige Lösung mit einem Cloud-System zu rechnen? Vielen Dank.

Vorsitzende:

Herr Kollege Dr. Murmann bitte.

Abg. Dr. Philipp **Murmann** (CDU/CSU):

Ich habe zwei Fragen, zunächst an Prof. Jähnichen. Mir ist immer noch nicht ganz klar, was Sie eigentlich nicht gesehen haben. In meiner Vorstellung als Küstenbewohner bestand der Auftrag darin, ein neues Schiff zu konzipieren, das in verschiedenen Häfen anlegen sollte, um somit den Austausch von Daten oder von Anforderungen mit dem jeweiligen Hafen zu gewährleisten.

Sie haben gesagt: „Das haben wir damals nicht gesehen.“ Aber man muss sich

doch, wenn man ein Schiff konzipiert, mit den jeweiligen Anlagen der Häfen auseinandersetzen, um zu wissen, ob es hineinpasst oder nicht. Insofern wäre ich dankbar, wenn Sie einem Laien noch einmal erklären könnten, wo genau das Problem liegt. Natürlich geht es jetzt auch darum, nach vorne zu schauen.

Meine zweite Frage ist an Herrn Dr. Lange gerichtet: Was ist die pragmatisch sinnvollste Lösung, um weiter zu kommen? Ist es nicht sinnvoll, pro Hochschule vorzugehen, oder sollte man eine Clusterung vornehmen, z.B.: Software-Stand 1 2 3. Bleiben wir aber bei meiner bildlichen Darstellung. Die Hafenanlage wird in verschiedene Typen eingeteilt, und sie erhalten dann jeweils ein bis zwei Angebote. Einmal von den Datenlotsen und einmal von der HIS, um eine neue Struktur zu erstellen.

Was ist aus Ihrer Sicht die pragmatischste Lösung zur Beendigung dieses Themas? Aus meiner Sicht haben wir uns wirklich im Föderalismus verfangen. Der Bund hat das Angebot gemacht, die Finanzierung zu übernehmen und hat dies auch eingelöst. Wir müssen jetzt die Hafenanlagen errichten, und das ist nicht die Aufgabe des Bundes. Ich wäre Ihnen als Hafenanlagenbetreiber dankbar, wenn Sie sagen können, was aus Ihrer Sicht die beste Lösung ist. Danke.

Vorsitzende:

Herr Dr. Rossmann.

Abg. Dr. Ernst Dieter **Rossmann** (SPD):

Ich will das Gespräch wieder auf die politische Ebene führen, denn ich finde es unangemessen, im Rahmen einer Ausschusssitzung, eine Akquiseveranstaltung zwischen den Datenlotsen und der HIS durchzuführen, da wir keine Aufträge vergeben werden.

Von Herrn Lange und Herrn Prof. Kathöfer möchte ich hören, ob eine andere

Lösung als die Konnektorenlösung möglich wäre und ob Sie sich ausreichend gewappnet sehen, diese auch ohne ein Zulassungsgesetz sicherzustellen. Wie bereits Prof. Teuscher sagte, muss es zum einen eine genaue Datenanforderungsvorlage geben, zum anderen ein Anschlusszwang für jede Hochschulen bestehen, an ein am Ende laufendes System, ansonsten wäre dieses System wieder nur teilweise dialogorientiert. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Konnektoren mit allen Hochschulen und einem einheitlich, effizient organisierten Datensatz verbunden werden? Bedarf es hierfür eines Gesetzes - dies wäre dann unsere Aufgabe.

Vorsitzende:

Herr Meinhardt.

Abg. Patrick **Meinhardt** (FDP):

Vielen herzlichen Dank, ich werde als letzter Fragesteller meine beiden Fragen sehr allgemein halten schlicht und ergreifend auch deswegen, weil ich gerade noch mit einem äußerst unguuten Gefühl hier sitze und den Verdacht hege, dass ich als politisch Verantwortlicher den Sitzungssaal verlassen werde, ohne ein Gefühl der erhöhten Sicherheit, was die nächsten Prozesse betrifft im Augenblick wohl eher mit dem Gefühl, dass hier keine optimalen Verbesserungen denkbar sind.

Ich habe eine politische und eine technische Frage. Zuerst möchte ich eine politische Frage an Herrn Staatssekretär Dr. Lange stellen. Wie bereits mehrfach in den Fragen angesprochen wurde, gab es Äußerungen der Kultusminister auf Länderebene, die offen oder verhalten spekulieren, aus dem System auszusteigen. Ist dies ein offizielles, diskutiertes Thema innerhalb der Kultusministerkonferenz oder bis jetzt nur Presseäußerung? Das würde mich an der Stelle sehr interessieren, weil ich durchaus mitbekomme, dass gerade Finanzminister auf der Länderebene

einen erheblichen Druck in ihren Kabinetten ausüben.

Nun die technische Frage an den Vertreter der Datenlotsen, Herrn Sachse. Ich glaube, mein Ziel und das von uns allen ist es, so schnell wie möglich zu einem tragfähigen System zu kommen und nicht erst irgendwann im Jahr 2025, weil wir jahrelang Pilotprojekte durchgeführt haben, bei dem wieder nur eine gestaffelten Teilnahme von 40 Hochschulen erfolgen wird.

Mein Frage deswegen an Sie: Mit der entsprechenden Energie und den eben von mir genannten Voraussetzungen, in was für einem Zeitrahmen könnte, ihrer Einschätzung nach, ein funktionsfähiges System zur Verfügung gestellt werden? Vielen Dank.

Vorsitzende:

Damit kommen wir zu der letzten Antwortrunde. Es beginnt Herr Dr. Gutow mit der Beantwortung der Fragen von den Kollegen Rupprecht, Gohlke und Schipanski.

Dr. Sven **Gutow** (Hochschul-Informationssystem GmbH):

Herzlichen Dank, ich bin gefragt worden, ob die HIS meint, die Konnektoren auf Basis einer neuen Lösung zu erreichen. Ich habe in meinem Eingangsstatement gesagt, und ich glaube, das ist auch aus dem Gespräch der Sachverständigen deutlich geworden, dass eine Konnektorenlösung zur Verbindung zwischen Hochschulstart.de und dem, heute in den Hochschulen im Einsatz befindlichen ZUL-GX, auf Basis dieser Generation gescheitert ist. Der neue Ansatz, den auch die Datenlotsen verfolgen - wenn ich ihn technologisch richtig verstanden habe -, sieht eine Art Einsatz vor, wie ein Bypass, um die bestehende Bewerbungs- und Zulassungskomponente ersetzen zu können. Die Datenlotsen nennen es

CampusNet Apply und wir HISinOne-APP. Für die HIS-Lösung kann ich sagen, sie ist realisiert und wird bereits im Produktiveinsatz an Hochschulen genutzt, allerdings noch ohne die Kommunikation mit dem Dialogorientierten Serviceverfahren. Die Tests hierfür sind an der Universität Duisburg-Essen im Dezember erfolgreich gelaufen.

Meine Antwort ist also ein klares „Ja“. HIS ist in der Lage, diesen technologischen Weg zu gehen, weil er einhergeht, und meiner Ansicht nach ist das die fundamentale Erkenntnis, mit einer Entscheidung der Hochschulen, ob sie am Dialogorientierten Serviceverfahren teilnehmen möchten oder teilnehmen müssen. Dies setzt dann einen ersten Schritt in Richtung der Ablösung des derzeitigen GX-Campusmanagementsystems an der Hochschule und eine Erneuerung der Softwaregeneration voraus.

Die zweite Frage, ob es aus unserer Sicht nur ein Zwischenschritt ist und das Ganze vielleicht in Richtung eines Typ D, eines Cloud-Modells oder wie auch immer laufen würde, wie es Herr Prof. Jähnichen genannt hatte. Nein, unser Ansatz ist nach wie vor, eine Lösung für den gesamten studentischen Lebenszyklus an den Hochschulen vor Ort zu realisieren. Dieser Zyklus beginnt mit der Bewerbung und Zulassung bzw. auch schon bei der Bereitstellung von Informationen über das Studienangebot der Hochschulen. Die Softwarelösung HISinOne ist genau darauf ausgerichtet.

Meine persönliche Meinung, ob ich glaube, dass die hier diskutierte Problematik des Mehrfachzulassungsabgleichs und der Standardisierung von Prozessen, eventuell über ein Cloud-Verfahren eher zu lösen wären, wie es Herr Prof. Jähnichen vorstellte, möchte ich mit einem „Ja“ beantworten. Der Auftrag ist an dieser Stelle jedoch zweischneidig: Eine Lösung für die Hochschulen zu schaffen, um ein Campusmanagement oder auch ein Campusmanagementsystem für den individuellen Einsatz zur Verfügung zu stellen, konfligiert unter Umständen mit

dem politischen Auftrag der Implementierung des Dialogorientierten Serviceverfahrens.

Ich bin weiterhin nach meiner Einschätzung zu dieser Clusterlösung gefragt worden. Ich muss ehrlich sagen, dass die HIS an einer solchen Diskussion nicht beteiligt war. Deswegen die Meinung von HIS, ohne vorherige Absprache mit anderen Akteuren.

Wie schätze ich eine solche Herangehensweise für große Studiengänge wie Psychologie, und dieser ist nur einer von vielen - BWL wäre dann ein anderer, Jura vielleicht ein nächster -, ein? Es ist auf jeden Fall mit einem schnellen, sichtbareren Masseneffekt zu rechnen, und es würde viel „traffic“ in das System kommen. Wir müssten mit großen Bewerberzahlen umgehen können, in einer überschaubaren Anzahl von unter Umständen großen Hochschulen und hätten dann einen Koordinierungseffekt vieler Bewerber zu beobachten. Das wäre sicherlich ein positiver Effekt für das Dialogorientierte Serviceverfahren selbst, aber auch für die öffentliche Berichterstattung und die Politik.

Die mehrfach angesprochene Mehrfachzulassungsproblematik oder der Abgleich der Mehrfachzulassung löst dieser Ansatz jedoch nicht unbedingt, dann nämlich nicht, wenn sich die Bewerber gleichzeitig noch für andere Studiengänge an anderen Hochschulen bewerben, die nicht von Anfang an am Dialogorientierten Serviceverfahren teilnehmen, wie Herr Prof. Teuscher gesagt hat. Dieser Ansatz birgt aber auch ein gewisses Risiko für schnell einsteigende Hochschulen, das darf nicht verhehlt werden meines Erachtens.

Wir haben bereits mehrfach schon gehört - auch heute von Herrn Sachse -, dass im Augenblick kein Vertrauen der Hochschulen in das Gesamtverfahren besteht. Einen mit so vielen Bewerbern letztlich teuren Studiengang in ein Pilotprojekt oder in einer frühen Phase in ein solches Verfahren zu schicken, birgt ein nicht unerhebliches Risiko für die Hochschulen. Sie müssten erst beobachten können

und einen sichtbaren Effekt erleben, um somit das Vertrauen zu dem Verfahren, vielleicht in die Datensicherheit und in den Datenschutz, wieder gewinnen zu können.

Ich sehe also viele sichtbare Effekte, aber auch ein gewisses Risiko, sodass ich nicht einschätzen kann, ob ein solcher Ansatz zu einem so frühen Zeitpunkt des Dialogorientierten Serviceverfahrens erfolgreich wäre oder nicht.

Vorsitzende:

Es blieb noch die Frage des Kollegen Rupprecht offen.

Abg. Albert **Rupprecht** (CDU/CSU):

Mein Eindruck war, im Pflichtenheft wurde diese Schnittstellenfrage thematisiert. Wieso haben Sie diese nicht umgesetzt?

Dr. Sven **Gutow** (Hochschul-Informationssystem GmbH):

Die HIS ist an der Konzipierung des Lastenheftes nicht beteiligt gewesen, sondern ist von T-Systems beauftragt worden, bei der Umsetzung des Lastenheftes beratend zur Seite zu stehen.

Die HIS hat von dem Augenblick an, als wir das erste Mal die Software hatten, nachdem es am Anfang sehr alternierende und auch noch sehr volatile Schnittstellenbeschreibungen gab, von dem Augenblick an, als wir am 27. Januar das erste Mal technischen Einblick in das System der Servicestelle hatten, auf bestimmte Risiken hingewiesen. Auch machten wir darauf aufmerksam, dass die Ziele für die damalige Kampagne Wintersemester 11/12 in der Kürze der Zeit wahrscheinlich nicht zu erreichen sind. Dass HIS seine Aufgaben nicht oder nicht

korrekt gemacht hat, möchte ich an der Stelle zurückweisen.

Vorsitzende:

Herr Prof. Jähnichen bitte.

Prof. Dr. Stefan **Jähnichen** (Fraunhofer-Institut für Rechnerarchitektur und Softwaretechnik):

Sie sprechen mir aus der Seele. Ich bin mindestens genauso sauer und bedauere an vielen Stellen schon, dass ich mich auf dieses Projekt überhaupt eingelassen habe. Ich habe mir das auch etwas anders vorgestellt.

Der damalige Begleitausschuss, der das Lastenheft in Auftrag gegeben hat und mit dem wir alles diskutiert hatten, hat ganz klar gesagt, dass wir keine Anbieter in diese Diskussion einbinden werden, denn diese seien die späteren potenziellen Bieter. Wenn wir die HIS beteiligt hätten, hätten sie nicht mitbieten können. Die Datenlotsen wären dann die Monopolisten gewesen, und das war de facto nicht möglich. Der Begleitausschuss hat das Problem der lokalen Hochschulsysteme durchaus erkannt. Die Schnittstellendefinition erreichte relativ frühzeitig alle Anbieter, und wir haben gesehen, dass die Datenlotsen diese Schnittstelle zeitgemäß umgesetzt haben.

Die Uni Hamburg hätte sich schon in der ersten Phase am Dialogorientierten Serviceverfahren beteiligen können. Die Beteiligung einer Uni wäre aber vielleicht ein bisschen wenig gewesen. Die HIS hat nicht nur an uns kommuniziert, sondern auch an die Hochschulen, dass sie mit der 13. Version ihrer Zulassungssoftware die Schnittstelle umsetzen wird. Darauf haben sowohl wir uns als auch die Hochschulen sich verlassen. Sicherlich kann man sagen, das hätten sie nicht tun sollen; wir hatten aber keinen Einblick in die Systeme. Wenn die HIS diese Situation bei der Übermittlung der Schnittstellendefinition frühzeitig erkannt hat,

hätte man an der Stelle die Fahne hochziehen und sagen müssen: „Das geht so nicht.“

Ich muss darauf aufmerksam machen, dass auch Mitarbeiter der HIS bei der Definition der Schnittstellen anwesend waren. Was kann man an der Stelle noch mehr tun?

Ich würde sagen, dass die Komplexität sowohl der Anforderungen als auch der gesamten Situation, von den Datenlotsen gemacht wurde, auch wenn ich mir nicht sicher bin, dass sie es als eine so komplexe Situation angesehen haben. Es war zwar alles nicht einfach, aber es wäre wirklich machbar gewesen.

Zu CampusNet: Im letzten Jahr sind wir, mit Hilfe einer Begutachtung, auf die Konnektorenlösung gekommen. Diese sah vor, die beiden Systeme irgendwie miteinander zu verbinden. Das hielt ich immer für einen gangbaren Weg, aber sicherlich nicht den ultimativen; dieser ist die Einführung der Systeme CampusNet oder HISinOne. Die beteiligten Firmen haben gesehen, dass man an dieser Stelle was tun musste. Aus meiner Sicht sind die Datenlotsen und die HIS zwei unterschiedliche Wege gegangen.

Die Datenlotsen haben ihre Lösung von vornherein auf ihrem Portal abgebildet. Herr Gutow hat gesagt, die HIS hätte mit dem neuen System HISinOne-APP, die ich nicht kenne und somit nicht bewerten kann, eine ähnliche Lösung ins Auge gefasst. Wenn es die Datenlotsen geschafft haben, dann sollte es vielleicht die HIS auch schaffen. Man muss konstatieren, dass das Kommunikationsverhalten der HIS einfach schlecht war. Über dieses Thema könnte man noch lange spekulieren - ich kann jedoch nichts weiter dazu sagen.

Zu den Häfen. Ich habe vorhin bereits gesagt, die HIS-Software selbst und nicht nur die Zulassungssoftware, ist 30 Jahre alt. Was mir zumindest nicht klar war ist, dass alle Hochschulen diese Systeme immer an ihre eigenen Bedürfnisse angepasst

haben, sodass an dieser Stelle eine Art Wildwuchs entstanden ist. Die Häfen und die Kaianlagen sind alle unterschiedlich. Sie könnten jetzt sicherlich sagen, ein Kapitän, der an zwei Häfen vorbeifährt, hätte es doch erkennen müssen. Ja, aber er hat es anscheinend nicht. Ich kann nichts weiter dazu sagen.

Zu dem Zeitpunkt der Problemanzeige: Wie gesagt, wir haben bis letztes Jahr gehört, dass die HIS-Lösung funktionieren werde. Die rote Fahne ging erst relativ spät hoch, weil die Konnektoren bei den GX-Hochschulen einfach nicht funktioniert haben.

Vorsitzende:

Als nächstes, Herr Dr. Kathöfer.

Dr. Thomas **Kathöfer** (Hochschulrektorenkonferenz):

Dankeschön, die erste Frage betraf die Problemlage in den Hochschulen, angesichts des großen Andranges von Studierwilligen. Ich hatte die beiden Problemfelder bereits beschrieben.

Das erste Problemfeld betrifft die hohe Arbeitsbelastung der Hochschulen. Im vergangenen Jahr konnten wir das nur durch Urlaubssperren oder Ähnliches bewältigen, um den Wünschen der Studierenden und Studierwilligen in der Bewerberkampagne soweit wie möglich entgegenzukommen.

Das andere Problem besteht bei dem Nachrückverfahren, das dazu führen kann, dass Studierende erst in einem bereits laufenden Vorlesungsbetrieb zugelassen werden. Dieser unglücklichen Situation muss abgeholfen werden.

Zu etwas Erfreulichem: Deutschland wird als Studienstandort für ausländische

Studierwillige immer attraktiver. Zum Glück gibt es Dienstleistungseinrichtungen, z.B. Uni Assist, die im Auftrag der Hochschulen Bewerbungen von ausländischen Studierwilligen prüfen, damit die Hochschulen noch aktionsfähiger sein können. Uni Assist erfreut sich einer hohen Nachfrage. Dies zeigt, dass die Hochschulen versuchen, die Arbeitsbelastung aufzufangen, indem sie diese Dienstleistungsangebote annehmen.

Zweiter Punkt, zu dem ich gefragt worden bin, ob man nicht auf andere Anbieter ausweichen könnte? Hierzu muss man sagen, dass zwischen den Hochschulen und den beiden, hier anwesenden Anbietern, Kooperationsstrukturen bestehen. Ungefähr 80 Prozent aller Hochschulen benutzen HIS-Produkte. Selbstverständlich sind einige außerordentlich zufrieden mit den Produkten und dem Service der HIS, es gibt aber auch weniger Zufriedene. Ein möglicher Wechsel zu einem anderen Anbieter hat für die Hochschulen erhebliche Folgewirkungen. Wir wissen, dass die Hochschulen nicht nur einzelne Tools von dem entsprechenden Anbieter haben möchten, sondern dass ihre Philosophie darin besteht, alles aus einer Hand zu erhalten, um so keine Schnittstellenprobleme im eigenen Hause zu generieren. Ein Anbieterwechsel ist also ein weitreichender Schritt, der einen sehr komplexen Entscheidungsprozess voraussetzt. Ende letzten Jahres haben wir dies in einzelnen Fällen erleben können – es stellt somit eine echte Herausforderung für die Hochschulen dar.

Das, was Herr Gutow uns heute berichtet hat, ist in den Hochschulkreisen natürlich bekannt, aber erst seit wenigen Wochen. Mitte letzten Jahres wurde den Hochschulen von der HIS eine Konnektorenlösung angeboten. Das suggerierte, dass dadurch ein Anschluss an das Dialogorientierte Serviceverfahren sichergestellt werden würde. Im Rahmen der Prozesskettentests zeigte sich dann, dass diese Konnektoren nicht so wie beschrieben funktionierten. Dies habe ich schriftlich. Der Geschäftsführer der HIS präsentierte am 23.12.2011, sozusagen als Weihnachtsgeschenk, diversen Hochschulen das Scheitern der

Konnektorenlösung. Heute stehen die Hochschulen somit vor einer gänzlich anderen Situation, Herr Rossmann. Für eine generelle Aussage fehlen uns aber einfach die Informationen. Das weitere Vorgehen wird davon abhängen, wie der Pilotbetrieb konzipiert sein wird.

Zuständig hierfür sind diverse Ausschüsse der Stiftung für Hochschulzulassung, die sich zeitnah zusammentreffen werden. Wie dieser Pilotbetrieb genau aussehen wird, soll selbstverständlich so schnell wie möglich mit den Hochschulen kommuniziert werden. Gleichzeitig geht natürlich der Appell an die Hochschulen, sich an diesem Pilotbetrieb zu beteiligen.

Zu der Kostenfrage: Diese ist in diesem Ausschuss mehrfach verhandelt und zu Protokoll gegeben worden. Die Hochschulrektorenkonferenz hat ihre Teilnahmeerklärung immer unter der Voraussetzung abgegeben, dass die Länder die Finanzierung der Teilnahme am Verfahren übernehmen.

Die Länder haben auch zugesagt, die Anschaffung und Implementierung der Konnektoren zu finanzieren. Herr Lange hat sich dafür nachhaltig eingesetzt. Nochmal, wir haben jetzt eine völlig neue Situation, denn uns wurde mitgeteilt, dass eine Konnektorenlösung voraussichtlich nicht mehr möglich ist. Wir werden diesbezüglich auch mit den Ländern Gespräche führen. Die Hochschulen werden jetzt aufgefordert, Campusmanagementsysteme neu zu beschaffen.

Ich würde Herrn Lange bitten, etwas zu der Frage von Herrn Gering, betreffend der unbesetzten Studienplätze, zu sagen. Eine solche Anfrage wird nämlich regelmäßig von den Ländern gestellt. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Bitte, Herr Dr. Lange.

Sts. Dr. Josef **Lange** (Kultusministerkonferenz):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Abgeordneter Gehring, es wurde seitens der Kultusministerkonferenz eine Anfrage an alle Länder gestellt. Die Anfrage eines Beschlusses aller Länder, wie viele Studienplätze in den zulassungsbeschränkten Studiengängen auf der Bachelor- und der Masterebene, freigeblieben sind, läuft derzeit. Ich hoffe, dass wir die Antworten bis März oder April haben und sie dann zusammenfassen können.

Einen präzisen Zeitplan kann ich leider im Moment nicht nennen, nur einen Befund, der sich aus der Umfrage des letzten Jahres ergibt. Dieser zeigt das Verhalten der Studienbewerber. Eine Woche nach Lehrveranstaltungsbeginn waren in den zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen mehr Studienplätze besetzt als nach Abschluss der Einschreibungsverfahren. Das belegt, dass Studienbewerber mehrere Angebote angenommen haben. Insofern wäre das Dialogorientierte Serviceverfahren ein Fortschritt, zugleich aber auch eine Einschränkung für die Studierenden, die aber im Sinne der Verantwortung der jungen Leute untereinander sinnvoll und somit vertretbar ist.

Zu den Fragen: Frau Vorsitzende, Sie hatten das Thema Komplexität der Strukturen der Stiftung für Hochschulzulassung angesprochen. Ich habe für die Länder im Stiftungsrat den stellvertretenden Vorsitz. Herr Prof. Teuscher und ich haben gemeinsam versucht, dieses in der Tat komplexe Gremium zu steuern; nur auf dieser Basis war eine Einigung zwischen den Ländern und den Hochschulen im Sinne des Staatsvertrags zu erreichen. Ich glaube, wir haben im letzten Jahr die Strukturen so gestaltet, dass sie zwar zeit- und arbeitsaufwendig sind, aber trotzdem zu Ergebnissen führen.

Was das Psychologiestudium betrifft: Warum schaffen wir es nicht, Herr Teuscher hat darauf hingewiesen, einen Studiengang bundesweit an das Dialogorientierte Serviceverfahren heranzubringen? Das funktioniert nur dann, wenn sowohl die

Hochschulen, die diesen Studiengang anbieten, als auch die entsprechenden Länder mitmachen. Wenn ein Land, in dem mehr als zehn Prozent der rund 30 Psychologiestudiengänge angeboten werden, in der Sitzung des Stiftungsrates erklärt, man könne sich damit nicht einverstanden erklären, weil man nicht wisse, ob die Hochschule dazu bewegt werden könne mitzumachen; dann wird dieser Weg sehr schwierig.

Herr Abgeordneter Rossmann, meine Versuche, die Kollegin aus dem besagten Land, es war die Amtschefin, zu einer Teilnahme zu bewegen, sind leider gescheitert. Es war Baden-Württemberg.

Zur Frage des Herrn Abgeordneter Murmann, wie eine pragmatische Lösung aussähe. Auch wenn, Herr Kathöfer hat das vorhin zitiert, der bisherige Ansatz der HIS, eine Konnektorenlösung zu entwickeln, gescheitert ist und, wie Herr Gutow formuliert hat, die HIS jetzt auf die Bypasslösung setzt, vermute ich, aber ich bin kein Informatiker, ist das ein ähnlicher Ansatz, wie der von den Datenlotsen. Aus meiner Sicht ist dies ein Angebot, um möglichst schnell viele Hochschulen an die Dialogorientierte Serviceverfahrensoftware anbinden zu können.

Natürlich finde ich es faszinierend, und es wäre auch weiterführend, wenn wir zu einer flächendeckenden Modernisierung der Hochschul-IT kämen, aber die Berichte der Hochschulen, die an einer solchen Umstellung teilnahmen, z.B. Universität Hamburg, Universität Mainz, Freie Universität Berlin, zeigen, dass es sich um wirklich komplexe Systeme handelt. Das Hauptproblem ist nicht allein die Technik, sondern die Prozessanalyse, die sich darauf bezieht, was in den Hochschulen gemacht wird. Diese Aufgabe kann die Stiftung für Hochschulzulassung den Hochschulen nicht abnehmen. Der Versuch, die Hochschul-IT in Deutschland durch die Stiftung für Hochschulzulassung zu vereinheitlichen, wäre eine Aufgabe, die, wenn wir es konsequent angehen würden, bis in das Jahr 2050 expandieren würde. Das kann nicht Sinn der Sache

sein. Insofern müssen wir den pragmatischen Weg gehen. Der Bund hat dankenswerter Weise die Mittel zur Verfügung gestellt, die für die Entwicklung der Dialogorientierten Serviceverfahrenssoftware notwendig waren und auch die Verankerung in der Geschäftsstelle der Stiftung für Hochschulzulassung ermöglicht haben. Die Mittel waren hierfür auch ausreichend. Dass die Binnenstruktur der Geschäftsstelle der Stiftung noch nicht so gestaltet ist, wie Herr Teuscher und ich uns das vorstellen, liegt auch daran, dass wir eine Altersstruktur in der Geschäftsstelle der Stiftung haben, die eine rasche Umgestaltung nicht zulässt. Es bestehen Arbeitsplatzgarantien, sodass es ohne eine zusätzliche Finanzierung sehr schwer werden wird.

Was den Anschlusszwang der Hochschulen betrifft, so ist das nach den gesetzlichen Regelungen der Länder unterschiedlich. Nicht alle Länder haben hierfür die Bereitschaft erklärt; einige können es bereits rechtlich nicht. Ich kann hierzu Folgendes aus Niedersachsen berichten: Mit Ausnahme der künstlerischen Hochschulen und der beiden medizinischen Hochschulen, die bei uns über das Zentralverfahren laufen - Medizinische Hochschule Hannover und Tierärztliche Hochschule Hannover -, haben sich bei uns alle Hochschulen verpflichtet mitzumachen. Es wurden auch Vertragsangebote ausgehandelt und Verträge geschlossen. Seit Weihnachten, seitdem wir wissen, dass die Konnektorenlösung nicht funktionieren wird, haben wir ein neues Problem. Für Niedersachsen kann ich sagen, dass wir mit unseren Hochschulen im Gespräch sind.

Herr Abgeordneter Meinhardt, zu den Äußerungen der Wissenschaftsministerin und -minister der Länder; das sind im Moment nur Äußerungen der Presse.

Das Thema der Weiterentwicklung des Dialogorientierten Serviceverfahrens ist Gegenstand der Amtschefskonferenz und wird auch Gegenstand der Kultusministerkonferenz Anfang März sein. Es wird selbstverständlich auch ein politisches Thema sein, denn es geht darum, das unterstelle ich zunächst der Senatorin und dem Ministern, die sich dazu geäußert haben, im Interesse der

Hochschulen und der Studienbewerber die Probleme zu lösen. Wenn es Strukturveränderungen bedarf, dann muss man diese angehen und immer Kosten und Nutzen gegeneinander abwägen. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Herr Prof. Teuscher bitte, Sie hatten sich zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Michael **Teuscher** (Stiftung für Hochschulzulassung):

Ich möchte ganz klar unterzeichnen, es geht um das Verhalten der HIS und ihrer sehr kurzfristigen Problemanzeige. Ich habe in den letzten anderthalb Jahren ein einziges Schreiben von der HIS direkt erhalten, aber keinen Anruf oder sonstige Mitteilungen, die auf ein Problem hätten schließen lassen können. Auch in Dortmund bei der Geschäftsstelle des Dialogorientiertes Serviceverfahrens sind keine Meldungen eingegangen.

Ein weiter wesentlicher Bereich ist die Finanzierung der Konnektoren - er war immer Teil des Problems. Zunächst war eine Anschubfinanzierung durch die Länder vorgesehen. Das wäre ein Investmentverhalten, mit der die HIS ein Problem gehabt hätte. Sie verfügt über staatliches Haushaltsrecht und hätte somit im Vorfeld für diese Konnektorenlösung investieren müssen. Die Datenlotsen hingegen hätten dies mit privatem Kapital machen müssen. Es bestehen sozusagen zwei unterschiedliche Systeme, aber aus vertragsrechtlichen Gesichtspunkten des staatlichen Vergabewesens konnte hier nicht in irgendeiner Form im Vorfeld eine Finanzierung in Aussicht gestellt werden, zumindest nicht durch die Stiftung. Danke.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank und nun Herr Sachse.

Stephan **Sachse** (Datenlotsen Informationssysteme GmbH):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich bin von dem Herrn Abgeordneten Meinhardt und dem Herrn Abgeordneten Prof. Neumann gefragt worden, inwieweit und in welchem Zeitrahmen ein funktionsfähiges System hergestellt werden kann und welche finanziellen Mittel aufzuwenden sind, um die Anforderungen des Pflichtenheftes umsetzen zu können.

Zunächst muss ich sagen, dass ein in vollem Umfang integriertes Campusmanagementsystem, und das haben alle Redner bestätigt, je nach Hochschulgröße zwischen sechs Monaten und zwei Jahren Implementierung bedeuten würde. Ein solches System einzuführen, um dann auf dieser Basis die Konnektion zum Dialogorientierten Serviceverfahren herzustellen, führt meiner Ansicht dazu, dass das Dialogorientierte Serviceverfahren nicht mehr existieren wird.

Zum zweiten Punkt: Wenn man das nun so sieht, dann bleibt nur eine konnektorenbasierte Lösung, für die man einen funktionierenden Konnektor benötigt, um einen Zeitplan beziffern zu können. Bei einer zügigen Verabredung zur Umsetzung der Anschaltung und Konnektierung der Hochschulen an das Verfahren, wäre ein Pilotbetrieb zum Sommersemester 2013 möglich, und ich könnte mir vorstellen, dass unter der gleichen Voraussetzung ein Echtbetrieb zum Wintersemester 2013/2014 möglich wäre.

Die Höhe der Kosten kann man nicht ganz so einfach abschätzen. Hier kommt es darauf an, welche Hochschulen in welchem Umfang mitmachen, wie groß die Fallzahl tatsächlich sein wird. Ich kann mir, um einen ersten Eindruck zu vermitteln, vorstellen, dass man es einmalig mit ca. 50 Prozent der staatlichen Grundfinanzierung, die die HIS jedes Jahr genießt, herstellen kann, um eine

wirklich flächendeckende Konnektierung der einzelnen Hochschulen erreichen zu können. Die HIS bekommt eine institutionelle Grundförderung durch den Bund und die Länder in Höhe von 9,2 Mio. Euro jährlich. Das ist wirklich nur eine erste Abschätzung. Es kommt auf eine Vielzahl von Parametern an: Wie viele Hochschulen nehmen teil, wie komplex sind die Verfahren in den jeweiligen Hochschulen, etc.. Vielen Dank.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank, damit hat der Kollege Rachel das Wort für die Bundesregierung.

PSts. Thomas **Rachel** (Bundesministerium für Bildung und Forschung):

Das Lastenheft ist von der KMK und der HRK verfasst worden. Es ist angesprochen worden, dass die HIS bei der Konzipierung des Lastenheftes nicht beteiligt war. Das ist ganz natürlich, denn die HIS ist Auftragnehmer und kann insofern nicht an der Formulierung des Lastenheftes beteiligt werden. Die HIS hat sich auf der Grundlage des Lastenheftes beworben.

Es ist die Frage gestellt worden, wann es Problemanzeigen gegeben hat oder wie darauf reagiert worden ist. Es hat zwar eine Problemanzeige gegeben, jedoch nicht genügend, oder sie waren nicht laut und nicht klar genug, worin die Probleme lagen. Wenn es allerdings welche gab, will ich daran erinnern, dass die offen kommuniziert wurden. Sie sind in der Stiftung für Hochschulzulassung und mit den weiteren Akteuren besprochen worden. Eines der Lösungen war, das Verfahren im April noch mal zu verschieben. Was zu den Zeitpunkten bekannt war, ist aufgenommen worden, und es wurde darauf reagiert.

Frau Kollegin Gohlke hatte gefragt, ob mehrere Anbieter das eigentliche Problem seien. Darauf möchte ich drei Antworten geben: Erstens, nein, es gibt bereits

mehrere Anbieter, zwei hat der Ausschuss heute hier eingeladen. Mehrere Anbieter gehören zur Ausgangssituation. Zweitens, es gibt mehrere Anbieter, zu der Ursache komme ich gleich noch. Des Weiteren haben wir aus der Bemerkung von Herrn Kathöfer gelernt, dass die Hochschulen sehr wohl das Selbstbewusstsein haben, sich die verschiedenen Lösungen anzuschauen und auch auszuwählen. Das haben sie in der Vergangenheit wahrgenommen, und ich kenne bisher keine Diskussion der Hochschulen, dass sie auf dieses Auswahlrecht grundsätzlich oder sogar dauerhaft verzichten wollen.

Damit sind wir bei der Frage, was ist eigentlich das Problem, was ist die Ursache. Die Ursache sind nicht mehrere Anbieter, sondern ich zitiere aus den Unterlagen der Stiftung für Hochschulzulassung, Drs. des Ausschusses 17(18)241: „Die Stiftung für Hochschulzulassung verfügt über einsatzfähige Software für einen Start des Verfahrens.“ Weiter: „Die beschriebenen Probleme beruhen maßgeblich auf dem Umstand, dass die HIS trotz mehrfacher Zusicherungen nicht in der Lage ist, den Hochschulen eine GX-Software und einen funktionierenden Konnektor zur Verfügung zu stellen.“ Das ist die eigentlich Ursache und nicht die Frage der Anzahl der Anbieter.

Vorsitzende:

Damit möchte ich mich ganz herzlich bei allen, die heute zu uns gekommen sind und Auskunft gegeben haben, bedanken. Sie können sicher sein, und das wissen Sie auch, dass wir Sie kritisch konstruktiv begleiten werden. Der eine sieht das eher so, der andere eher so, das liegt in der Natur der Sache.

Wir wünschen Ihnen allen ganz viel Erfolg bei dem, was weiter vor Ihnen liegt. Ich verspreche Ihnen, dass wir uns ein weiteres Mal in diesem Ausschuss treffen werden, denn das Führen dieser Fachgespräche erachte ich als eine sehr gute Einrichtung. Es ist der einzige Ort, an dem sämtliche Fragen öffentlich verhandelt

werden können, und das ist angesichts der Problemlagen wirklich angemessen.
Nochmal, ganz herzlichen Dank.

Ende der Sitzung: 12:03 Uhr

Ulla Burchardt, MdB

Vorsitzende

Bearbeiter/-in:
Friedhelm Kappenstein,
Aline Schulz-Maneke